

Akademiegespräche im Landtag

Ulrich Wilhelm

**Medien in der Krise –
welche Zukunft hat der
öffentlich-rechtliche
Rundfunk?**



**Bayerischer
Landtag**



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Ulrich Wilhelm (Jahrgang 1961) hat die Deutsche Journalistenschule mit dem Redakteursdiplom abgeschlossen. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Passau und München und arbeitete währenddessen als freier Journalist. 1991 trat Wilhelm in den Staatsdienst ein. Nach verschiedenen Aufgaben im Bayerischen Innenministerium und in der Bayerischen Staatskanzlei wurde er 1999 zum Pressesprecher des Ministerpräsidenten und der Bayerischen Staatsregierung berufen. 2004 erfolgte seine Ernennung zum Amtschef des Bayerischen Wissenschaftsministeriums. Im folgenden Jahr wechselte er als Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und Regierungssprecher im Rang eines Staatssekretärs nach Berlin. 2010 wählte ihn der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks zum Intendanten; er trat dieses Amt im Februar 2011 an und wurde 2015 wiedergewählt. Seit 2013 ist Ulrich Wilhelm Mitglied des Executive Board der Europäischen Rundfunkunion (EBU). Anfang 2018 hat er für zwei Jahre den Vorsitz der ARD übernommen.

Diemut Roether (Jahrgang 1964) studierte Journalistik, Deutsche Sprache und Literatur, Politik, Geschichte und Informationswissenschaften in Dortmund und Madrid. Von 1993 bis 2000 war sie Redakteurin bei ARD-aktuell. Sie arbeitete zudem als Seminarleiterin in der Evangelischen Medienakademie Berlin. Seit Oktober 2002 ist Roether Fachredakteurin für Medienthemen bei epd medien, einer Publikation, die sie seit Juli 2009 als Verantwortliche Redakteurin leitet. 2011 wurde sie mit dem Bert-Donnepp-Preis für Medienpublizistik ausgezeichnet. In ihrer Begründung betonte die Jury, Roether und ihr ebenfalls ausgezeichnete Kollege Michael Ridder hätten „immer wieder ihre Stimme erhoben, klare Positionen bezogen und medienpublizistische Akzente gesetzt, die in Erinnerung blieben und manchen forderten, den eigenen Standpunkt besser zu reflektieren und zu kommunizieren“.

**Akademiegespräche
im Bayerischen Landtag**

Ulrich Wilhelm

**Medien in der Krise –
welche Zukunft hat der
öffentlich-rechtliche
Rundfunk?**

Veranstaltung vom 17. April 2018

Inhalt	Seite
Grußwort Barbara Stamm, MdL Präsidentin des Bayerischen Landtags	7
Einführung Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing	11
Vortrag Ulrich Wilhelm, Vorsitzender der ARD, Intendant des Bayerischen Rundfunks	15
Diskussion	25



Grußwort von Barbara Stamm, MdL Präsidentin des Bayerischen Landtags

Liebe Frau Professor Münch,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ihnen allen, die an diesem wunderschönen Frühlingsabend gekommen sind, ein herzliches Grüß Gott. Gemeinsam mit der Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Kollegin Gote, darf ich Sie sehr herzlich begrüßen. Wir freuen uns über Ihr Hiersein!

Ganz besonders begrüßen darf ich natürlich den Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Herrn Ulrich Wilhelm. Lieber Herr Intendant, herzlich willkommen. Sie sind ja derzeit auch der Vorsitzende der ARD, und Sie kommen zusammen mit dem Vorsitzenden des Rundfunkrats, Herrn Prälat Dr. Wolf, gerade von der Gremienvorsitzendenkonferenz aus Bremen. Schön, dass es geklappt hat und Sie es zusammen mit Herrn Prälat Dr. Wolf pünktlich geschafft haben. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

Ein ebenso herzliches Willkommen darf ich Frau Diemut Roether sagen. Sie ist verantwortliche Redakteurin bei epd medien. Und ich sage natürlich auch ein herzliches Grüß Gott Ihnen, liebe Frau Professor Münch. Wir sind mittlerweile ein bewährtes Team bei den Akademiegesprächen hier im Bayerischen Landtag! Wir freuen uns immer auf die Veranstaltungen mit Ihnen, die Sie immer so hervorragend vorbereiten und bei denen auch immer die Themen der Zeit im Fokus stehen – Themen, die besonders wichtig sind und uns herausfordern. Herzlich willkommen und herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Ein herzliches Grüß Gott auch dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs: Herr Küspert, seien Sie uns herzlich willkommen. Eine Ihrer Vorgängerinnen in diesem Amt ist ebenfalls anwesend, liebe Frau Hildegund Holzheid – wir freuen uns, dass Sie heute auch hier sind.

Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags für ihr Kommen heute. Für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Ländner da, Vorsitzender des Arbeitskreises für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, aber natürlich auch Mitglied im Rundfunkrat. Ebenso darf ich für die SPD Frau Kollegin Martina Fehlner begrüßen und Frau Kollegin Gabi Schmidt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ein herzliches Grüß Gott auch dem Vorstand der Stiftung Maximilianeum, Ihnen, lieber Herr Hanspeter Beißer. Und ich begrüße auch die Vertreterinnen und Vertreter der obersten Dienstbehörden sowie des Konsularischen Korps.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erinnern wir uns: Der 4. März dieses Jahres war ein besonderer Tag. In der Schweiz sprach sich die Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit gegen die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens aus. Wir können also die Diskussion heute vor dem Hintergrund dieses Votums führen, was aber nicht heißen soll, dass der Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens gegen null tendieren würde. Die Finanzierung und Ausrichtung der Programmanbieter steht überall auf dem Prüfstand, und Sie, verehrter lieber Herr Intendant Wilhelm, sind in dieser Hinsicht natürlich besonders gefordert. Ganz wichtig ist, dass wir hier auch im Bayerischen Landtag zu den Herausforderungen stehen, die wir gemeinsam zu bewältigen haben. Aber ich bin sicher, dass sich mit diesen Fragen auch die Diskussionen heute beschäftigen werden.

Herr Wilhelm, Sie sind vor einiger Zeit in einem Interview gefragt worden, wie ein heute zu begründender Bayerischer Rundfunk aussehen würde. Sie sagten: „Inhaltlich mitten in der Gesellschaft, relevant für alle Altersgruppen, in Organisation und Technik schlanker.“ Und damit ist zweierlei klar: Wir wissen damit einerseits, wo Sie den Reformbedarf sehen. Und zweitens macht diese Aussage noch einmal sehr klar, wo der Bayerische Rundfunk inhaltlich verankert sein muss: Nämlich mitten in der Gesellschaft. Genau das wollen wir, Frau Professor Münch, auch mit dem heutigen Abend deutlich machen. Das ist auch für uns als Landtag ganz wichtig. Denn wir sind ja nach wie vor nicht nur ein Partner, sondern zentral mitverantwortlich für die Frage, wie es mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitergeht.

Ich bedanke mich auch bei den Damen und Herren der Presse, die heute ebenfalls hier sind, weil sie natürlich ganz wichtige Begleiter und Begleiterinnen sind auf dem Weg in die Zukunft und bei der Frage, wie Journalismus – guter Journalismus – heute die Herausforderungen der Zeit angeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs das Votum der Schweizer für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens ins Feld geführt. Ich darf noch eine weitere Meinung aus dem benachbarten Ausland zitieren, nämlich die des Intendanten des Österreichischen Rundfunks und Fernsehens, Gerd Bacher, der einmal sagte: „Der ORF ist der größte Identitätsstifter und Kulturträger Österreichs.“ Das können wir voll auf uns übertragen. Natürlich auf uns insgesamt – in Deutschland –, aber natürlich vor allen Dingen auf uns in Bayern. Gerade wir sind ein Kulturstaat, worauf wir auch immer wieder ganz großen Wert legen. Wir wissen auch: Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen verfassungsmäßigen Auftrag wahrnehmen kann, muss er auch finanziell gut ausgestattet sein und er darf nicht unter dem Druck der Quote stehen. Theater, Oper, Kunst und Musik – all das funktioniert nicht ohne die entsprechenden Subventionen und ohne die entsprechende positive Begleitung. Natürlich – auch das wissen wir – sind die öffentlich-rechtlichen Anbieter im Netz mittlerweile einem sehr starken Wettbewerb ausgesetzt.

Aber liebe Frau Professor Münch, ich halte mich an das, woran ich mich immer halte an solchen Abenden, die wir zusammen mit der Akademie veranstalten: Ich gehe hier jetzt nicht weiter in die Tiefe, obwohl einem natürlich da noch vieles einfallen würde, sondern übergebe Ihnen jetzt das Wort. Sie sind diejenige, die uns in den heutigen Abend einführen wird und zusammen mit unseren Gästen den weiteren Inhalt und Ablauf gestalten wird. Herzlichen Dank dafür und seien Sie uns alle noch einmal herzlich willkommen.



**Einführung von Prof. Dr. Ursula Münch,
Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

ganz herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und vor allem natürlich, dass wir wieder bei Ihnen im Bayerischen Landtag sein dürfen. Darüber freuen wir uns alle sehr, und ich bedanke mich, dass Sie – man hat es gemerkt – gern weitergesprochen hätten, weil das Thema Sie natürlich reizt, und ich bedanke mich auch dafür.

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Gote, sehr geehrter Herr Intendant Wilhelm, sehr geehrter Prälat Dr. Wolf, liebe Frau Roether, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Präsident Küspert, liebe Frau Dr. Holzheid, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste.

Medien stehen immer in der öffentlichen Kritik. Das gehört in einer freiheitlichen Demokratie geradezu dazu. Staaten, in denen die Medien von ihren Nutzern oder auch von der Politik nicht kritisiert werden, sind entweder autoritäre Staaten oder totalitäre Staaten. Aber gleichzeitig sollten wir nicht verkennen, dass wir bei uns derzeit eine neue Qualität der Kritik an den Medien einerseits und gleichzeitig andererseits einen damit korrespondierenden Vertrauensverlust der Medien wahrnehmen. Und auch deshalb erschien es uns angemessen, in unserer Einladung ein bisschen frech von der Krise der Medien insgesamt zu sprechen. Wir schauen heute Abend vor allem auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und stellen dabei Folgendes fest: Genau das, was die Präsidentin jetzt auch eingangs angesprochen hat, genau das, was in den Augen einer Mehrheit der Bevölkerung den großen Vorzug des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darstellt, nämlich

dessen Unabhängigkeit vom Staat, dessen Qualität im Angebot, dessen Vielfalt im Angebot bei der gleichzeitigen Absage an die Gesetzmäßigkeiten des Kommerzes – genau das ist einer lauter werdenden Schar von Leuten ein Dorn im Auge.

Wir erleben alle zurzeit die Kampagnen, nicht nur einer Rechtspartei, sondern auch insgesamt die Kampagnen gegen den Rundfunkbeitrag. Diese Kritik einer kleinen, aber lauter werdenden Minderheit am öffentlich-rechtlichen Rundfunk steht meines Erachtens in einem inneren Zusammenhang zu etwas Größerem, nämlich zur sogenannten Repräsentationskrise – wie es die Politikwissenschaft nennt –, also dem Nachlassen des Vertrauens vieler Bürgerinnen und Bürger in Parlament und Regierung sowie in die Eliten insgesamt.

Und wenn der Politik der Vorwurf gemacht wird, sie sei zu abgehoben und sie entfremde sich von den tatsächlichen Sorgen der Durchschnittsbürger, dann geraten als Begleiterscheinung fast automatisch auch die Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Beschuss. Ihnen wird schließlich vorgeworfen, viel zu eng mit der Politik verstrickt zu sein, und es ist natürlich kein Zufall, dass diese Vorhaltungen vor allem aus dem politischen Lager kommen, das sich selbst von diesen Gremien zu wenig repräsentiert fühlt.

Diese Repräsentationskrise wird – das beobachtet jeder von uns täglich – zusätzlich durch die digitalen Kommunikationsformen geradezu angeheizt. Auf diese Weise wird ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem sich dann die Detailkritik an Struktur und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit inhaltlicher Fundamentalkritik zusammenwerfen lässt. Und dann ist der Vorwurf – wohlgemerkt, der meines Erachtens falsche Vorwurf – gerade an die öffentlich-rechtlichen Medien nicht mehr weit, sie steckten mit der Politik quasi unter einer Decke.

Wie sich solche Debatten in den entsprechenden Foren, den Online-Foren, zuspitzen können, beobachten wir verstärkt seit der Neuregelung der Rundfunkfinanzierung. Da heißt es dann schon fast in Verschwörungsmanier, dass die durch angeblichen Zwangsbeitrag finanzierten öffentlich-rechtlichen Medien angeblich den Auftrag verfolgten, den Bürgern die Politik der als Altparteien denunzierten demokratischen Parteien zu verkaufen. Soweit dieser Vorwurf, den ich mir natürlich nicht zu eigen mache.

Diese unsachliche Auseinandersetzung um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird durch den dramatischen Wandel der gesamten Medienlandschaft zusätzlich befeuert. Das Internet und die Vielzahl von Online-Plattformen

verändern ja nicht nur die Angebotsseite dramatisch, sondern zwangsläufig auch das Nachfrageverhalten der Rezipienten. Als Folge sinken die Verkaufs- und Werbeeinnahmen der Zeitschriften- und Zeitungsverlage. Diese geraten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Bei der Suche nach den Schuldigen verweisen die Verleger auch auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender als in ihren Augen unfaire Konkurrenz, deren Angebot an Informationswebseiten oder etwa einer ARD-App von den Verlegern als unstatthafte – Zitat – „öffentlich-rechtliche Gratispresse“ wahrgenommen wird. Ausgerechnet also in einer Phase, in der die Qualitätsmedien in ihrer Gesamtheit unter erheblichen Druck geraten, hat diese verschärfte Konkurrenz zwischen privatwirtschaftlicher Presse einerseits und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk andererseits zur Folge, dass ein immer größer werdender Bruch mitten durch die Landschaft der Qualitätsmedien verläuft – das also auch noch.

Heute Abend soll es natürlich nicht nur um eine kritische Auseinandersetzung mit den Qualitätsmedien im Allgemeinen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Besonderen gehen. Wir wollen vielmehr auch den Blick in die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werfen. Und dieser Blick muss natürlich von der Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Medien für den öffentlichen Diskurs in unserer freiheitlichen Demokratie ausgehen. Vor diesem Hintergrund ist es auch mir eine große Freude und Ehre, dass wir den Intendanten des Bayerischen Rundfunks – der seit Jahresbeginn 2018 auch Vorsitzender der ARD ist – für unseren Abendvortrag gewinnen konnten. An den Vortrag von Intendant Wilhelm schließt sich eine Gesprächsrunde an, und zu dieser Runde begrüße ich jetzt bereits auch Frau Diemut Roether. Frau Roether ist verantwortliche Redakteurin bei epd medien, einem beim Evangelischen Pressedienst angesiedelten medienpolitischen Informationsdienst.

Zunächst aber zu Herrn Wilhelm: Er ist seit Februar 2011 Intendant des Bayerischen Rundfunks. Seine Wiederwahl durch den Rundfunkrat erfolgte im Jahr 2015. Seit Anfang dieses Jahres ist er zusätzlich für zwei Jahre Vorsitzender der ARD. Details seines Werdegangs als Journalist und Jurist, der herausgehobene Positionen bei der Bayerischen Staatsregierung ebenso innehatte wie beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, entnehmen Sie bitte der Einladung zu unserer Veranstaltung. An den Vortrag von Herrn Intendant Wilhelm schließt sich die Gesprächsrunde mit Frau Roether und Herrn Wilhelm an, die wir dann natürlich auch für Ihre Fragen öffnen. Also wenn Sie Fragen haben, die Sie schon immer beantwortet haben wollten, ist dafür nachher aller Voraussicht nach – wenn es nicht zu viele sind – Gelegenheit.

Zunächst aber der Vortrag – lieber Herr Wilhelm. Wir freuen uns, dass Sie es – trotz Termindrucks, trotz Bremer Veranstaltung – zeitlich geschafft haben, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, und ich bin ausgesprochen gespannt auf Ihren Vortrag und wünsche uns allen einen informativen Abend.



**Vortrag von Ulrich Wilhelm,
Vorsitzender der ARD, Intendant des Bayerischen Rundfunks**

Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Frau Stamm,
sehr verehrte Frau Professor Münch,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung zu diesem Akademiegespräch bedanken. Vor sieben Jahren hatte ich schon einmal die Gelegenheit, in diesem Rahmen über die Herausforderungen der Medien zu sprechen, mich auszutauschen. Die Regelmäßigkeit, mit der Sie sich diesem Thema zuwenden, hat – glaube ich – eine große Berechtigung. Veränderungen in der Medienwelt hatten in der Geschichte immer auch gesellschaftliche Veränderungen zur Folge.

Die Art und Weise, wie und wodurch wir kommunizieren, die Schnelligkeit, mit der das geschehen kann und auch die Maßstäbe einer Qualitätskontrolle – oder eben keiner Qualitätskontrolle – dessen, was kommuniziert wird, verändern unmittelbar die Meinungsbildung zu allerlei Themen vom höchstpersönlichen Bereich bis zum hochpolitischen Bereich.

Mit Recht hatten Sie, Frau Professor Münch, den Titel als Zuspitzung charakterisiert, aber in jeder Zuspitzung steckt auch immer etwas Wahres. In vielen Ländern Europas sind die Medien – und dabei in ganz besonderer Weise der öffentlich-rechtliche Rundfunk – zu einer Zielscheibe radikaler Parteien geworden: Dort, wo sie nicht in Regierungsverantwortung stehen, mit den Mitteln des Kampfes – des Meinungskampfes – über die unterschiedlichsten Foren, und dort, wo sie in Regierungsverantwortung stehen, auch mit den Handlungsmöglichkeiten des Staates.

Das erleben wir in diesen Tagen in Polen, das erleben wir in Ungarn, das erleben wir in Dänemark. Ein anderer Bereich, der diese Einstellung sehr schnell zu spüren bekommt – dies sei nur nebenbei angemerkt –, ist der Bereich der Justiz und dabei besonders die Verfassungsgerichtsbarkeit. Auch hier gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmungen und sehr interessante Diskussionen zwischen Verfassungsgerichten und Vertretern der Medien über die Gemeinsamkeiten in diesem Schicksal, wenn Sie so wollen, und die Ursachen, die dazu führen.

Auf der anderen Seite – neben diesen aktuell häufig zu beobachtenden Phänomenen – geben die Medien unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen natürlich auch immer wieder Anlass zur Kritik. Wo kreativ gearbeitet wird, passieren Fehler. Auch den Medien passieren Fehler, – so auch in der ARD und in unserem Haus – und das zuzugeben ist kein gravierender Vorgang. Ich halte nichts davon, das zu bemänteln oder gar als den Verlust von Autorität oder Würde in der Gesellschaft anzusehen. Es ist vielmehr normal. Wichtig ist nur, dass die immer gegebene Störanfälligkeit jeglicher kreativer Leistung von Menschen, dass diese Störanfälligkeit in einem System geborgen ist, in dem Fehler identifiziert werden und Fehler auch ausgeräumt werden, wo immer das möglich ist.

Bei uns erfolgt dies über die gesellschaftliche Rückbindung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, da wir als solcher ja der ganzen Gesellschaft gehören. Im Bereich von Presseorganen kann jemand, der in einem journalistischen Beitrag einen Fehler vermutet, den Deutsche Presserat anrufen. Es gelten die Wege von Gegendarstellung, Widerruf, gerichtlichem Ehrenschatz und dergleichen mehr. In einer freien Gesellschaft haben wir gut damit leben gelernt, dass man nicht den Anspruch an Fehlerlosigkeit schlechthin erhebt gegenüber denen, die in der Öffentlichkeit agieren, dass man aber sehr schnell zum eigenen Recht kommt, wenn Fehler passieren; und dass es tatsächlich vorgedachte Wege gibt, auch die erforderliche – und in so einem Fall – verletzte Qualität dann auch anzumahnen oder Dinge wieder zu berichtigen. Dies ist der Bereich, wenn Sie so wollen, der etablierten Medien.

Wir haben aber einen neuen Bereich, der sehr schnell entstanden ist und sich immer weiter entwickelt. Es ist der Bereich der Filterblasen im Netz, der Echokammern, der fragmentierten Öffentlichkeit, in der wir diese vorgenannten Wege nicht kennen. Mitunter diskutieren dort Menschen, die hohe Maßstäbe haben und eine Verpflichtung fühlen, die Thesen, die sie im Netz in die Welt setzen, vorher auch zu durchdenken und zu überprüfen. Dann handeln sie in verwandter Weise zu Journalisten oder solchen Persönlichkeiten, die in öffentlicher Rede Themen vertreten.

Es kann aber natürlich auch Fälle geben, in denen demagogisch vorgegangen wird, in denen handfeste Interessen dahinterstehen, die aber nicht offengelegt werden. Auch das haben Sie natürlich vielfach verfolgt. Es gibt Fälle von radikalen Kräften, die die Gesellschaft verändern wollen, die die Freiheit so nicht mehr tragen wollen. So kommt es zu einem Nebeneinander eines Diskurses einerseits, der in bewährter Weise – mit aller von mir skizzierten Fehlerhaftigkeit, aber doch in geregelten Bahnen verläuft, mit Rede und Gegenrede und wo es immer wieder auch zu einer Klärung von Themen kommt. Und auf der anderen Seite erleben wir Räume, in denen häufig, wie das Bundespräsident Steinmeier sagte, „das permanente Selbstgespräch der Gleichgesinnten“ läuft. Jene Räume sind soziale Bestätigungsmaschinen, die nicht auf eine Klärung einer Angelegenheit angelegt sind, sondern auf das Aufschaukeln einer Gruppe von Leuten – eine permanente Mobilisierung. Wer ein Anliegen hat, findet dort Bedingungen, um eine möglichst große Anzahl von Leuten zu mobilisieren, emotional aufzuputschen, um eben dieses Anliegen auch durchzusetzen.

Wenn es nicht politische Gegenstände oder Themen des öffentlichen Lebens betrifft, kann man mit vielem auch leben. Das gab es in der analogen Welt auch schon, dass Leute an Stammtischen sitzen und Thesen vertreten, die vielleicht einer näheren Überprüfung nicht standhalten würden. Ein freies Land kann das immer verkraften. Sensibel wird es indes, wenn Themen betroffen sind, die entweder für das Wahlverhalten relevant werden, die Ehre von Personen oder Institutionen betreffen oder ganz generell die Faktenbasis im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung verzerren –. Hier müssen wir ansetzen und für ein Ideal eintreten, dem eine Demokratie immer naheifern muss, das sie anstreben muss: das Ideal einer verlässlichen Mehrheit informierter Bürger. Dieses Ideal beruht auf vielen Annahmen. Es ergibt sich nicht von selbst, sondern braucht immer wieder eine Öffentlichkeit, die geschützt ist.

Bei Abfassung des Grundgesetzes und auch der Bayerischen Verfassung wurden sehr viele kluge Gedanken angestellt, wie ein solcher beschützter öffentlicher Raum entstehen kann, in dem tatsächlich die Meinungsbildung so erfolgen kann, dass möglichst wenig Manipulationsgefahr besteht. Ein Raum, in dem der Einzelne sich auch selber immer wieder Informationen holen oder teilhaben kann an den unterschiedlichen Prozessen des öffentlichen Lebens und der Meinungsbildung. Ein passendes Beispiel, weil wir heute Abend hier im Landtag sind – ist etwa die Bannmeile um ein Parlament herum – ein Ort, an dem sozusagen schon die Meinungsbildung der Abgeordneten, ja die Willensbildung der Abgeordneten frei sein sollte vom Druck der Straße, von gewalttätigen Demonstrationen, von aggressiver Einflussnahme. Wir

kennen als weitere Konstituente dieses öffentlichen Raums die Verbürgungen des Versammlungsrechts, der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit, der Rundfunkfreiheit – wo immer Freiheit und Verantwortung auf demselben Blatt Papier stehen.

Alles, was wir als öffentlich-rechtlicher Rundfunk dürfen, ist immer an dem Anspruch zu messen: Wie kann diese Demokratie wetterfest gebaut werden? Wie kann man die Katastrophe, die die Weimarer Republik erlitten hat, vermeiden? Wie kann man diese Demokratie mit all dem, was dazugehört – Meinungsbildung einer Mehrheit von Menschen, dem Ideal des mündigen Bürgers und dem Ideal einer informierten Debatte –, so gut wie möglich schützen und erreichen? Medien haben dabei eine wichtige Rolle zugewiesen bekommen. Ohne diesen Funktionsauftrag wäre das Privileg, das sowohl die Presse als auch der Rundfunk in Artikel 5 des Grundgesetzes genießen, auch gar nicht zu rechtfertigen. Warum sollten Journalisten – wenn nicht aus genau diesem Grund – einen Anspruch haben auf Auskunft gegenüber Behörden, gegenüber unterschiedlichen Mächten und Gewalten in der Gesellschaft? Es geht dabei wirklich um etwas sehr Besonderes, um etwas Kostbares, um etwas essenziell Wichtiges für freie Gesellschaften.

Dem gegenüber steht eine noch nicht hinreichend regulierte – weil im Moment auch von unserer Rechtsordnung gar nicht hinreichend regulierbare – Debatte im Netz mit sehr viel Licht, aber auch mit sehr viel Schatten. Ich gehöre nicht zu den Kulturpessimisten, die sagen, „alles, was sich im Netz abspielt, ist ein Verlust an Lebensqualität, ist ein Verlust an kultureller Qualität oder zivilisatorischen Errungenschaften“. Sehr vieles von dem, was Menschen mit anderen Menschen austauschen, ist eine Bereicherung und kann einen nur freuen. Aber wo es darum geht: Wie informieren wir uns? Welche Grundlagen werden gelegt? Wie ist der Zusammenhalt eines Landes? Wie kann man erreichen, dass eine Mehrheit von Menschen zum Zeitpunkt einer Entscheidung auch weiß, worum es in der Debatte geht, dass sie sich einbringen können, dass sie sagen können: Wir sind nicht einverstanden oder folgende Argumente wurden noch nicht gehört. Wie dieser Zustand erreicht werden kann, darauf ist die Antwort bei der Netzdebatte noch nicht gegeben.

Übertragen wir diese Frage von der digitalen Sphäre aufs reale Leben, stellen wir fest: Was wir immer brauchen in Gemeinschaften, die größer sind als ein sehr kleines Dorf – wo man sich sowieso am Marktplatz oder im Wirtshaus immer treffen kann – was wir also in großen Gesellschaften brauchen, ist so etwas wie Gesamtöffentlichkeit, diesen bereits von mir skizzierten berühmten

öffentlichen Raum, der auch im Verfassungsrecht immer eine Rolle spielt. Gesamtöffentlichkeit herzustellen – das gelingt unter den Medien, die es gibt aber nur sehr, sehr wenigen. Die ARD hingegen – das haben wir mit einer Akzeptanzstudie, die die GfK für uns durchgeführt hat, in der letzten Woche erhoben – erreicht Gesamtöffentlichkeit. Sie erreicht in jeder Woche mit ihren Angeboten in Hörfunk, Fernsehen und Internet 94 Prozent der Menschen in Deutschland ab 14 Jahren. In allen Landesteilen, aus allen Bildungsschichten, in allen Milieus – 94 Prozent jede Woche. Täglich liegt der Wert der ARD alleine bei etwas über 80 Prozent – das gilt in gleicher Weise auch für den Bayerischen Rundfunk. Die Gesamtheit aller Printtitel, also aller medialen Produkte, die gedruckt werden oder die auch dann im Netz zu lesen sind, liegt unter diesem Wert.

Die ARD ist dasjenige Medium, das die Menschen am meisten verlässlich erreichen kann; und nicht nur, wie man vermuten möchte, mit unterhaltenden Inhalten – Popwellen, „Tatorten“, Quizshows und dergleichen –, sondern auch mit politisch relevanten Informationen. Sie erreicht zuverlässig eine große Mehrheit der Menschen mit Nachrichten im Hörfunk, mit der „Tagesschau“, der „BR-Rundschau“, und hier – sehr interessant – nicht nur diejenigen, die ohnehin gerne am politischen Leben teilnehmen, sondern auch Menschen, die sich selber einstufen als Demokratieskeptiker oder sogar Demokratiegegner – sogar dort haben wir verlässliche Mehrheiten. Soviel nur zur gerne gestellten Frage „Wie überflüssig ist denn dieser öffentlich-rechtliche Rundfunk?“. Ich würde sagen, er hat gerade darin einen gar nicht hoch genug zu schätzenden Wert, dass er jederzeit Gesamtöffentlichkeit für Themen herstellen kann. Und wie wir ohne eine solche Klammerwirkung – vor lauter Teil-, Neben- und Gegenöffentlichkeiten – Demokratie organisieren wollten, das entzieht sich meiner Vorstellungskraft.

Für die friedensstiftende Wirkung von Mehrheitsentscheidungen brauchen wir immer die Informiertheit einer großen Mehrheit von Menschen, so dass diese sagen können: „Die Debatte, die da geführt wird – im Parlament, in der Öffentlichkeit –, steht ein Stück auch stellvertretend für das, was ich für richtig halte und ich möchte mich dabei auch wiederfinden, sowohl im Zeitpunkt, in dem die Entscheidungen vorbereitet werden oder fallen, als auch in der Bandbreite dessen, was an Sichtweisen vertreten wird.“ Letzteres übrigens verpflichtet Medien natürlich ganz entscheidend, nicht ihrerseits in einer Filterblase zu leben – zwar wäre diese Filterblase sehr, sehr groß, aber Größe alleine garantiert nicht, dass alle relevanten Inhalte abgebildet werden und das ganze Bild gezeigt wird.

Diese friedensstiftende Wirkung ist sehr, sehr wichtig für eine Demokratie. Sie kann nur entstehen, wenn wirklich alle relevanten, seriös zu vertretenden Argumente für und wider auch von uns aufbereitet, transportiert und kuratiert werden und nicht bestimmte Dinge, weil sie vielleicht nicht ins eigene Bild passen, unterdrückt werden. Denn letzteres würde sich rächen. Daher müssen wir Kritik ernst nehmen und reagieren, wenn uns seriöse Zeitgenossen sagen: „Wir haben uns das genau angeschaut, aber in jenem Bericht, in jenem Artikel, in jener Sendung waren wichtige Argumente einfach nicht enthalten.“ So ein Befund kann uns nicht ruhen lassen. Heute sitzen hier ja viele Kolleginnen und Kollegen unseres Hauses, von denen ich weiß, dass sie Qualität nicht nur leichthin im Munde führen, sondern tatsächlich auch um gute Lösungen ringen und es sich immer wieder bereitwillig sagen lassen, wenn wir in einzelnen Sendungen oder Beiträgen das ganze Bild nicht befriedigend gezeigt haben. Also ist es auch hier nicht vergebliche Liebesmüh, sich zu melden, sondern es ist wichtig und institutionell auch so angelegt, durch das Organ des Rundfunkrats mit seinen Programmdebatten, aber auch in den vielen kleinen Diskussionen, die wir führen. Ein Telefonanruf, ein Brief, eine E-Mail hat auch eine Wirkung, weil bei uns der Resonanzboden vorhanden ist, so was ernst zu nehmen.

Ein erstes Fazit also an dieser Stelle: Es gibt Kritik. Es gibt Kritik, die neu organisiert ist – im Sinne dieser permanenten Mobilmachung. Es gibt aber auch Kritik, die immer wieder Wahres anspricht. Auf Erstere können wir nur reagieren, indem wir immer wieder falsche Verdächtigungen zurechtrücken. Auf die zweite können wir nur reagieren durch Offenheit, durch Eingehen auf Kritik. Dann gibt es noch – sehr wichtig – das große Thema derjenigen, die sagen: Wir stehen ohne Wenn und Aber zu diesem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber muss er denn diese Breite und diese Fülle bieten? Kann denn da nicht auch manches wieder weg, was seit den 60er Jahren über Jahrzehnte gewachsen ist oder auch erst in den letzten zehn Jahren dazugekommen ist? Auch hier muss man zweimal nachdenken, bevor man eine vorschnelle Antwort gibt. So leicht will ich es mir nicht machen.

Aber man müsste doch noch mit ein, zwei Gedanken mehr auf dieser Spur bleiben. Der erste ist: Was ist denn neu dazugekommen, was uns in der Medienwelt vielleicht nahelegen müsste, kleiner zu werden? – Neu dazugekommen sind Angebotswelten wie Netflix, Amazon, Spotify und viele andere dieser Dienste, die mit uns wetteifern um die Aufmerksamkeitsspanne der Menschen und die auch viele gut gemachte Inhalte bieten. Wenn man es aber genau anschaut und die Frage stellt „wer bietet denn welche Inhalte?“⁴, dann zeigt sich, dass die regionalen Inhalte – über die unterschiedlichen Themenfelder

hinweg: politische Informationen aus dem Regionalen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, religiöses Leben, Sport, Unterhaltung – von Netflix, Amazon, Sky und anderen Weltgrößen natürlich sehr dünn gesät sind. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, der speziell darauf beruht, dass es auch sehr gute Sendungen und eine Fülle von Angeboten aus dem Bereich der regionalen Informationen gibt, der steht und fällt mit einem solidarisch finanzierten Angebot des föderal verankerten öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Es gibt zwei Wege, diese Angebote auszudünnen: Der eine Weg ist, dass der Gesetzgeber den Auftrag wieder zurücknimmt, indem man sagt: Wir streichen die Beauftragung, diese und jene Hörfunkwelle, dieses oder jenes Fernsehprogramm. Der zweite Weg ist, dass man auf dem Papier die Dinge stehen lässt, aber die Finanzen so weit ausdünn, dass wir faktisch nicht anders können, als immer weniger zu machen. Dann mehren sich halt die Wiederholungen, es mehren sich auch Sendungen, denen man anmerken würde, dass sie doch – salopp gesagt – „sehr dünne Suppe“ sind. Dann ist das Ziel auf andere Weise erreicht.

Tatsache ist: Wir können diese umfassende regionale Vielfalt nur bieten, wenn der Auftrag uns dieses auch weiterhin tun lässt und wenn die Finanzierung so adäquat ist, um das tatsächlich glaubwürdig, in der gebotenen Qualität einzulösen. Das ist die eine Geschichte: Welche Inhalte sind möglich?

Die BBC hat ja auch gerade eine intensive Diskussion um ihre eigene Zukunft hinter sich und hat dabei auch für Großbritannien erhoben: Welche Inhalte bieten die Konkurrenten – also die von mir schon genannten –, was ist denen gegenüber die Besonderheit der BBC? Das Ergebnis war vergleichbar: Das Besondere an der BBC kann eigentlich nur sein, dass sie besonders in der Lage ist, nationale und regionale Inhalte zu bieten, die Identitäten im eigenen Sendegebiet sichtbar zu machen, Bezüge zu schaffen und diese auch mit unterschiedlichsten Sendungen auszumalen und dass es demgegenüber weniger Sinn macht, Produktionen wie „Game of Thrones“ und andere, die ohnehin über die vielen verschiedenen Bezahl- und Abrufdienste laufen, dann auch noch auf dem eigenen Schirm zu zeigen.

Es gibt also ein klares Bekenntnis– sowohl bei uns als auch bei den Kollegen in Großbritannien –, sich um unsere Themen zu kümmern, unsere Literatur zu verfilmen, mit unseren Schauspielerinnen und Schauspielern zu arbeiten, unsere Regisseure, unsere Komponisten und viele andere Kulturschaffende zu beschäftigen, ihnen Raum zu geben. Das ist keine bornierte Sicht der Dinge, es ist wirklich das Reagieren auf das, was in der Angebotspalette von anderer

Seite in guter Qualität zu erwarten ist. Hollywood hat viele Möglichkeiten, sich immer wieder mitzuteilen und die Verbreitung zu organisieren. Und was ermöglicht ein öffentlich-rechtlicher Sender, weil er eben Wert legt auf bestimmte Dinge? Er steht für hochwertige Kulturprogramme, Wissenschaftsprogramme, ein umfangreiches Auslandskorrespondentennetz, er unterhält wie wir Klangkörper mit ihren vielfältigen Initiativen auch der Musikvermittlung, des musikpädagogischen Ansatzes; er macht Angebote wie „Dahoam is Dahoam“, das als regionale Fiktion keinen Weltmarkt hat und nicht ohne Weiteres in viele Länder der Welt exportfähig ist. Unsere bayerische Daily hat eine schmalere Refinanzierungsbasis als „Game of Thrones“ oder andere Inhalte und ist deshalb angewiesen darauf, dass wir einer solchen Serie tatsächlich die Chance geben, auf die Welt zu kommen.

Das ist also der erste Gedanke: „Wo ist der Schwerpunkt unserer Inhalte und die Fülle dessen, was wir machen?“ – mit einem Programm Bayern 2, mit BR-KLASSIK, mit B5 aktuell. Auch 3sat, arte, ARD-alpha gehören zu dieser ansonsten nur nummerisch kritisierten Fülle. Wenn man aber genauer hinschaut, stecken dahinter wirkliche Schätze, die, wenn wir sie nicht mehr machen, ersatzlos wegfallen würden, denn sie könnten nicht ohne weiteres vom Markt kompensiert werden.

Gedanke Nummer zwei: Müssen wir so viel machen und wem dient das denn? – Wir zählen ja zu den öffentlichen Gütern. Genau wie ein gutes Krankenhauswesen, Schulwesen, öffentlicher Nahverkehr und andere Teile unserer Infrastruktur, die die Lebensqualität ja auch ausmachen. Öffentliche Güter zeichnen sich schlechthin dadurch aus, dass sie von der Allgemeinheit finanziert werden – nach dem solidarischen Prinzip –, obwohl nicht jeder jeden Bestandteil dieses Angebots unmittelbar braucht. Wir kennen das: Es bezahlen ja auch Menschen, die keine Kinder haben oder keine schulpflichtigen Kinder mehr haben, die öffentlichen Schulen mit. Es bezahlen die Menschen in den Krankenhäusern auch die Angebote bei Erkrankungen mit, an denen sie selber gar nicht leiden. Das ist nicht nach dem Prinzip des unmittelbaren Nutzens darzustellen.

In der Schweiz hatten wir auch eine Diskussion – gerade mit jungen Menschen, die sagten: Die Angebote sind gut, auch die der SRG, aber ich möchte nur für diejenigen aufkommen, die ich auch tatsächlich nutze. So wird auch bei uns argumentiert. Manche sagen: Ich höre keine klassische Musik. Also wegen mir braucht es die Klangkörper, braucht es BR-KLASSIK nicht und so weiter. Aber den „Tatort“ und die „Sportschau“ zum Beispiel, die hätte ich schon gerne. – So

aber würde das nicht funktionieren. Wir könnten nur die massenattraktiven Programme auf diese Weise am Leben halten, weil diese sowieso im Verhältnis wenig kosten. Aber Programme mit einem hohen Anspruch und die, die den Großteil unserer Budgets benötigen, wären damit nicht finanzierbar. Ein Angebot in dieser Fülle, Vielfalt und Qualität ist nur mit Bezahlösungen am Markt so nicht abbildbar. Da würde ein Teil des Angebots verschwinden müssen.

Daher würde ich denjenigen, die sagen, dass einige der vielen Wellen, Programme und Angebote im Bereich von ARD und ZDF doch einfach gekürzt werden könnten, folgende Argumente mit auf den Weg geben: Es geht hier um öffentliche Güter mit solidarischer Finanzierung und auf der anderen Seite um die regionale Vielfalt, die regionalen und nationalen Inhalte, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaften ausmachen. Auf dieser Basis können wir eine engagierte, seriöse Debatte führen. Aber wenn man diese Prämissen von vornherein nicht wahrhaben will und einfach sagt, „Netflix liefert genau das Gleiche wie die“ – dann ist die Diskussion schwer, weil wir dann keine gemeinsame Sprache haben.

Vielleicht noch ein letzter Punkt in diesem Impuls, der für uns eine große Schwierigkeit darstellt: Als ARD haben wir seit vielen Jahren keinen Teuerungsausgleich erhalten, trotzdem müssen wir auf die Veränderung der Mediennutzungsgewohnheiten reagieren. Also tatsächlich all denjenigen auch ein verlässliches Angebot machen, die nicht traditionell Radio hören und den Fernsehapparat einschalten, sondern im mobilen Internet unterwegs sind – über Mediatheken, über Apps, über viele andere Angebote. Das bedeutet für uns, neue Berufsbilder bei uns in den Anstalten aufzubauen. Auf neue und zwar sich schnell verändernde Angebote der Konkurrenz adäquat zu reagieren und bei aller Schnelligkeit und Agilität auch den eigenen Qualitätsmaßstab oder das, was typisch öffentlich-rechtlich sein soll, nicht aus dem Auge zu verlieren. Das ist ein weites Feld, das ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit jetzt nicht erschöpfend abstecken kann – da halte ich mich auch an Sie, Frau Präsidentin, denn wir sollen ja der Diskussion noch breiten Raum geben. Aber ich möchte es doch noch einmal vielleicht auch für Sie als Anregung nennen: Wir sind permanent in Veränderung, und dies schon seit Jahren. Nicht nur mit dem Einsparen bei den Kosten, die wir mit schlankeren Lösungen vermeiden können, sondern auch was die Inhalte anbelangt: Die Crossmedialität, die Trimedialität, das „Sich-Einstellen“ auf neue Nutzungsgewohnheiten im Internet, denen wir auch Rechnung tragen müssen, damit auch wirklich alle, die für uns bezahlen müssen, von uns ein Angebot von Wert bekommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich freue mich auf die Diskussion.



Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung):

Ich muss zunächst den Intendanten für sein perfektes Zeitmanagement loben. Er hatte nämlich vorhin gesagt, er hält den Vortrag frei, und da hatte ich ehrlich gesagt ein leichtes inneres Beben, weil ich mir gedacht habe: Freie Vorträge sind gewagt, aber dann fiel mir ein, der Mann ist Profi und der kann das – es hat sich bewährt. Ich bedanke mich.

Jetzt hatten wir Frau Roether schon mehrfach angesprochen und jetzt sehen Sie Frau Roether auch erstmals. Ich freue mich sehr, dass Sie da sind – Frau Roether, ganz herzlichen Dank. Sie sind einerseits gelernte Journalistin und Sie sind natürlich auch Medienbeobachterin. Sie sind im Grunde hier in dieser Doppelrolle – genau deshalb freuen wir uns sehr, dass Sie da sind und dass Sie mit uns dieses Gespräch führen.

Ich möchte drei Punkte ansprechen und Ihnen natürlich nachher auch noch die Möglichkeit geben, Nachfragen zu stellen. Ich möchte einerseits auf das Thema „Vielfalt und Qualität der Medien“ eingehen und vor allem natürlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ich möchte das Thema „Politik – Nähe, Staatsferne“ ganz kurz ansprechen und natürlich auch noch auf das Thema „Reformen“ eingehen – was genau kann man sich darunter vorstellen?

An Sie erlaube ich mir zunächst eine Frage, Frau Roether, wobei Sie natürlich selbstverständlich auch die Möglichkeit haben, noch zu dem einen oder anderen Punkt Bezug zu nehmen. Aber ich würde ganz gern bei dem Thema – dieser Kritik, diesem sogenannten Mainstream, dieser Unterstellung „Die machen doch alle das Gleiche“ beginnen. Wenn wir uns anschauen, welche Leute eigentlich im Journalismus tätig sind, fragt man sich: Wer ist Journalistin, wer ist Journalist? Was haben sie für einen Bildungshintergrund? Was haben sie für eine Lebenswirklichkeit? Wo leben sie? Was nehmen sie wahr? – Und da hat man schon ein bisschen den Eindruck, dass sie eigentlich alle gleich getaktet

sind. Das ist normalerweise nichts Schlimmes, das sind ja alles sympathische Menschen. Es sind ja auch einige hier – ich würde also nie etwas anderes sagen –, aber nichtsdestotrotz gibt es diesen Vorwurf: Die sehen nur das eine; die stecken in der vom Intendanten ja auch angesprochenen Blase selbst drin. Ist das etwas, wo Sie sagen: „Das ist nicht ganz falsch“, oder ist das völlig an den Haaren herbeigezogen?

Diemut Roether (Verantwortliche Redakteurin epd medien): Nein, das ist überhaupt nicht an den Haaren herbeigezogen. Es gibt ja Untersuchungen darüber, wie der durchschnittliche Journalist aussieht – 41, männlich, in einer festen Partnerschaft lebend, kinderlos und so weiter. Aber es gibt immer mehr Redaktionen, die merken, dass das nicht gut ist, wenn sie sich zu sehr rekrutieren aus einer homogenen Schicht, sondern dass es gerade im Journalismus, wo es auf Vielfalt ankommt, auch sehr wichtig ist, dass wir sehr vielfältige Hintergründe haben. Es gibt die Neuen Deutschen Medienmacher, die sich gegründet haben. Das sind Journalisten und Journalistinnen mit Migrationshintergrund, die, wie ich finde, sehr zu Recht darauf hinweisen, dass es doch ein ziemliches Missverhältnis ist, dass wir in der Gesellschaft 20 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund haben, aber in Redaktionen schätzungsweise maximal 4 Prozent. Das ist was, wo die Redaktionen jetzt so langsam aufwachen und merken: Das ist nicht gut. Das ist natürlich etwas, das viele Branchen betrifft, und andere Wirtschaftszweige merken auch, dass es nicht gut ist, immer die Menschen zu befördern, die ihnen am ähnlichsten sind.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber wie verhindert man das, Herr Wilhelm? Sie haben da sicherlich auch Versuche – ich glaube auch schon gelesen zu haben, dass es die eine oder andere Überlegung gibt, wie man unter Umständen die Journalistenausbildung da öffnet. Wird im Bayerischen Rundfunk, in der ARD etwas dagegen getan?

Ulrich Wilhelm (Vorsitzender der ARD, Intendant des Bayerischen Rundfunks): Zunächst: Früher war es leichter, bei einem Haus wie dem Bayerischen Rundfunk anzufangen, weil wir wachsen konnten. Oft gab es den Fall, dass ein Redakteur begabte junge Menschen kennengelernt hatte und ihnen einfach die Chance eröffnet hat, mitzuarbeiten. Wir haben heute für den Berufseinstieg, auch unter den Vorgaben der Finanzen im Wesentlichen eine Begrenzung auf das Volontariat oder auf unsere Ausbildung der Azubis. Wir haben zudem bei den Volontärsbewerbern festgestellt: Wir finden immer wieder tolle Lebensläufe, aber die akademischen Hintergründe sind doch sehr eng rund um das Thema Geisteswissenschaften, also Geschichtswissenschaften, Politische

Wissenschaften, Kommunikationswissenschaften angesiedelt. Wir hatten dann ein Treffen mit Vertretern der Universitäten in Bayern und gesagt: Würdet ihr uns Möglichkeiten eröffnen, auch mit den Fächern von Naturwissenschaft und Technik in Kontakt zu kommen? Wir hatten auch eine ganze Reihe von Begegnungen gehabt in der Hoffnung, dass wir doch den einen oder anderen – in Führungszeichen – Außenseiter animieren können, sich auch einen Beruf im Journalismus vorzustellen – ich sage „Außenseiter“ in Führungszeichen, weil tatsächlich bei uns Chemiker oder Biologen oder Ärzte, die in den Journalismus kommen, nicht so häufig vorkommen. Da gab es ganz ermutigende Anfänge – das dauert natürlich, bis dann tatsächlich so ein schwieriges Studium auch abgeschlossen und der Entschluss gereift ist. Die Initiative ist jetzt – glaube ich – vier Jahre alt. Aber ich hoffe, dass sich daraus etwas entwickelt. Ich habe auch gesagt: So wichtig eine höchst solide Ausbildung ist, im Journalismus ist es auch vorstellbar, dass ab und an mal jemand, der keinen komplett geradlinigen akademischen Lebensweg hinter sich hat, auch bei uns mitmachen kann. Wir dienen ja den Menschen und bei uns sollen auch möglichst unterschiedliche Lebenswelten vorkommen.

Diemut Roether: Das war früher – glaube ich – sogar noch üblicher. Also Fritz Pleitgen, der ehemalige WDR-Intendant, hat ja kein Abitur und sagt aber selbst: Ich glaube nicht, dass jemand mit meinem Hintergrund heute noch Journalist werden könnte. Da hat sich der Beruf auch sehr akademisiert in den letzten 20, 30 Jahren, denke ich.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt ist die Ausbildung und der Werdegang das eine und die Weltsicht und vielleicht auch die politische Einstellung das andere. Und ich könnte mir vorstellen, dass Redaktionen und diejenigen, die einstellen, vielleicht schon dazu neigen, diejenigen zu kooptieren und diejenigen einzustellen, mit denen man ungefähr auf der gleichen Wellenlänge ist. Und auf einmal hat man – das ist wie an Fakultäten, an Universitäten; wir neigen auch immer dazu – diejenigen reingenommen, die so sind wie man selbst. Das ist wunderbar – man versteht sich unter Umständen eine kurze Zeit relativ gut, meistens ist es zeitlich beschränkt –, aber es ist ein bisschen einseitig.

Diemut Roether: Ja, ich glaube das ist tatsächlich auch eine Frage eines guten Personalmanagements. Das ist etwas, was im Journalismus lange Zeit vernachlässigt wurde, in den öffentlich-rechtlichen Anstalten vielleicht weniger, weil sie eben sehr große Abteilungen haben. Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie die Organisation gerne etwas schlanker hätten, aber in den Zeitungen und so weiter, da wurde das Personalmanagement lange vernachlässigt. Da

wurden irgendwann gute Journalisten zu Chefredakteuren, aber dass das vielleicht nicht unbedingt die Leute waren, die die besten Führungsqualitäten hatten, das steht auf einem anderen Blatt.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wie ist das überhaupt in Zeiten, in denen Redaktionen ja nicht großzügiger besetzt werden, sondern kleiner werden? Dann ist es ja noch schwieriger, mit diesem Pluralismus und mit dieser Heterogenität zu arbeiten. Ich schätze, dass das in der Presse noch wesentlich stärker ist als im Rundfunk – oder?

Diemut Roether: Uns liegen da jetzt keine Untersuchungen vor, die ich zitieren könnte. Aber natürlich haben alle Unternehmen im Moment dieses Problem – wenn Sie schon sagen, Herr Wilhelm, Sie können nicht mehr so einstellen wie früher –, dann ist das natürlich bei den Zeitungen und bei den kleineren Unternehmen noch viel schwieriger.

Ulrich Wilhelm: Das stimmt und ist auch ein bedrückender Befund – finde ich. Es ist ja nicht die Reichweite des Zeitungsjournalismus bedroht, sondern eher das Finanzierungsmodell aufgrund eines Rückgangs der Anzeigen, die über so viele Jahrzehnte stets verlässliche Einnahmen geliefert hatten, um qualitätsvollen Journalismus zu ermöglichen. Heute haben sie oft in der Summe aus gedruckter Zeitung und eben dem Internetangebot eine sehr gute Reichweite, aber die Refinanzierung ist notleidend geworden – das stimmt. Auf der anderen Seite: Bei uns liegt es an bestimmten politischen Prozessen, dass wir unter diesen Kostendruck gekommen sind – das hat nichts mit wegbrechenden Werbeeinnahmen zu tun. Den Druck gibt es und wir erleben in den Redaktionen jetzt oftmals die Diskussion, die auch in betrieblichen Versammlungen eine Rolle spielt, dass wir uns einerseits um neue Ausspielwege sehr intensiv kümmern müssen – mit einem hohen Maß an Fortbildung auch für den Einzelnen: Was ist überhaupt die Gesetzmäßigkeit von Angeboten für Facebook, YouTube, Snapchat, Instagram und dergleichen mehr? Welche Spielregeln gelten da? Sollen wir dort präsent sein oder nicht? Wie messen wir überhaupt Erfolg? Mit welchen Maßstäben haben wir da zu tun? Wie können wir auch mit neuen Geräten arbeiten – also mit smarten, schlankeren Geräten, wenn es um die Netzwelt geht. Und andererseits dann – ein altes Thema –, wie man bei sinkenden Budgets alles neu organisiert. Wir haben ja eine tarifliche Umgebung, wir haben arbeitsvertragliche Bindungen, wir können nicht einfach dekretieren: Ab jetzt wird alles schlanker gemacht. Stattdessen sind sehr kleinteilige, intensive Gespräche auch mit den Gewerkschaften im Rahmen der Tarifautonomie vonnöten. Wir müssen immer gemeinsame Lösungen finden und das führt einerseits zum Kampf um die eigene Qualität, zum Kampf um neue Märkte, neue

Angebote und andererseits aber auch zum Thema: wie können wir tatsächlich so schrumpfen, dass es nicht am Ende zu nicht gewollten und ganz und gar unsinnigen Ergebnissen führt. Dass Leute weiterhin da sind, bezahlt werden, aber immer weniger Output haben – denn das bringt ja niemandem was.

Prof. Dr. Ursula Münch: Damit sind wir ja eigentlich schon beim Punkt Strukturreform – und das wäre der nächste Punkt, auf den ich gerne kurz eingehen würde: Wer treibt eigentlich diese Reformen voran? Kommt das aus den Rundfunkanstalten? Kommt das aus der Politik? Ist es die Öffentlichkeit, die das vorantreibt? Wer betreibt diese Reformen und wer gestaltet sie?

Ulrich Wilhelm: Es gibt ganz unterschiedliche Triebfedern und Anstöße. Wenn ich etwa auf unser Haus blicke – dieser Prozess, den wir BR hoch drei nennen, also das crossmediale Arbeiten, die Veränderung aller Redaktionszuschnitte – das war ein Prozess, der ist komplett autonom geleistet worden – im Zusammenwirken von Redaktionen, Geschäftsleitung, Rundfunkrat und Verwaltungsrat. Die Anstalt Bayerischer Rundfunk hat es aus eigener Überlegung heraus angepackt – einfach unter dem Druck der Erkenntnis: wenn wir uns weiterhin nur so gezielt aufstellen, dass wir Radio und Fernsehen bestmöglich können und machen, dann brechen uns aufgrund des digitalen Wandels und der sich verändernden Nutzungsgewohnheiten immer mehr Teile des Publikums weg, die aber für uns weiterhin bezahlen müssen. Zu Recht gäbe es dann Unmut und Protest und am Ende ist die Legitimationsbasis unterspült. Also haben wir, wenn man so will, aus journalistisch-dramaturgischen Überlegungen gesagt: wir müssen uns so verändern, dass wir nach Inhalten aufgestellt sind und auch digitale Inhalte anbieten können. Wir haben jetzt zum Beispiel eine Kulturchefin – die umfängliche Verantwortung für alle kulturellen Inhalte, ob sie nun im Radio, im Fernsehen oder im Internet ausgespielt werden, hat –, einen Sportchef über die unterschiedlichen Ausspielwege hinweg oder einen trimedialen Chefredakteur. Das war ein autonomer Prozess. Dann gibt es die Prozesse, die sowohl vom Rechnungshof angestoßen werden als auch von der KEF oder auch von der Politik.

Prof. Dr. Ursula Münch: Sie lösen die KEF kurz auf, bitte.

Ulrich Wilhelm: Die KEF ist eine Kommission von 16 Persönlichkeiten, die den Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der Basis unserer Anmeldungen feststellt und dann den Landesparlamenten Empfehlungen über die Frage etwaiger Beitragsanpassungen gibt: Soll der Beitrag steigen? Und um wie viel soll er steigen? Die Kommission ist sozusagen vom Verfassungsrecht

her notwendig, weil wir aus den Lehren des „Dritten Reiches“ heraus staatsfern und unabhängig sein sollen – also gerade nicht aus dem Steuertopf finanziert werden, sodass dann eine Parlamentsmehrheit sagen könnte: „Wir geben euch nur mehr, wenn ...“ Das sollte schon als Prinzip ausgeschlossen werden. Wir melden an eine Kommission – darin sind vor allem Persönlichkeiten aus den Rechnungshöfen der 16 Länder –, die bewertet das, legt am Ende eine Zahl vor und die Politik hat dann einen eingeschränkteren Bewertungsmaßstab. So war es verfassungsrechtlich gewollt und ist es über Jahrzehnte entwickelt worden. Aus diesen Bereichen Rechnungshöfe, KEF oder auch Politik kommt ganz stark der Anstoß, dass wir maßvoll wirtschaften sollen – also nicht Wunschgemälde aufschreiben und sagen: Was kostet die Welt? Vielmehr ist es so, dass die Summe, die wir anmelden, sich auch immer an einem Maßstab messen muss: Ist es erstens in der Sache gerechtfertigt und ist es zweitens auch akzeptanzfördernd und unter diesen Vorzeichen – die vor Jahrzehnten nicht so stark waren – durchführbar? Wenn Sie sich in der statistischen Reihe anschauen, wie der Beitrag – oder damals noch Gebühr genannt – jeweils erhöht worden ist, dann waren das früher ganz beachtliche Steigerungen – 1997, wenn ich es noch richtig im Kopf habe, 2001 und so weiter. Doch seit 2009 ist der Rundfunkbeitrag eben nicht mehr gestiegen: Seit 2009 haben wir als ARD nicht einmal die Teuerung ausgeglichen bekommen – und dies führt dazu, dass wir neben den journalistischen Themen und der Aufgabe, neue digitale Angebote entwickeln zu müssen, jetzt auch diese wichtigen Fragen der Kostenreduzierung, der schlankeren Lösungen durch neue Technik, durch mehr Zusammenarbeit auf dem Tisch haben und uns dem auch stellen müssen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Die Strukturreform durchaus; aber was fehlt dann noch?

Diemut Roether: Also ich glaube, dass diese Strukturreform oder diese Spardebatte auch manchmal unter unglücklichen Vorzeichen geführt wird. Natürlich ist ganz klar, dass mit dem Beitrag, den wir alle zahlen, maßvoll umgegangen werden muss und dass die Unternehmen damit wirtschaftlich umgehen müssen, das finde ich auch sehr richtig. Und ich finde es gut, dass es eine Kommission gibt, die überprüft, ob das der Fall ist. Bei der Politik habe ich manchmal den Eindruck, dass diese Forderung des Sparens auch irgendwie daher kommt, dass sie sagt: Alle müssen sparen, also müsst ihr auch sparen. Und das ist natürlich etwas einfalllos, um das jetzt mal ganz pauschal zu sagen. Weil ich mir ja als Politiker – als Rundfunkpolitiker – auch erst mal dessen bewusst werden muss, was für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ich haben will. Was soll er leisten? Wie muss er finanziert werden, damit er das leisten kann? Das ist genau

das, was die Kommission, die KEF, dann eben ausrechnen soll – und dieses „Jetzt spart mal schön“, das finde ich nicht besonders produktiv. Ich würde mir da von der Politik manchmal doch eine Vision wünschen: Was stellt sie sich eigentlich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor? Wir haben dieses System, das uns vor 70 Jahren von den Alliierten mehr oder weniger geschenkt wurde – die haben das ja nach dem Krieg in Deutschland eingeführt. Natürlich kann man nach 70 Jahren mal fragen: Ist das alles so noch richtig und ist das alles noch so, dass es wirklich der Gesellschaft auch in dem Maße dient, wie man sich das vorstellt für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und da fehlen mir eigentlich die Impulse. – Da muss ich sagen: Da fehlt mir die politische Vision.

Prof. Dr. Ursula Münch: Es fehlt ja vielleicht auch ein bisschen der Mut dazu, dann für etwas einzustehen, was eben doch viel Geld kostet und unter Beschuss geraten ist. Ist es vielleicht auch ein bisschen ein Vorauseilen – nach dem Motto: Jetzt stehen die schon so unter Druck – auch mit Blick auf den Rundfunkbeitrag. Die Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen könnte auch uns, den Politikern, gefährlich werden. Dann sollen die Öffentlich-Rechtlichen wenigstens weniger kosten.

Diemut Roether: Das ist meine Beobachtung. Wenn die Debatte um den Rundfunkbeitrag in den Wahlkampf getragen wird, dann denke ich: Okay – es ist immer billig zu sagen „Ja, da muss gespart werden; mit uns steigt der Rundfunkbeitrag nicht und so.“ Das finden immer alle toll und das hören alle gern. Aber das ist eigentlich nicht die Funktion. Das ist nicht das Thema des Wahlkampfs, das sollte nicht das Sparen sein, sondern das Thema der öffentlichen Auseinandersetzung muss doch sein: Was für einen Rundfunk wollen wir haben? Und das darf sich eben nicht darauf beschränken, dass da ein paar Politiker miteinander diskutieren und sagen, „So und so stellen wir uns das vor und dann haben wir auch noch ein paar schöne Pöstchen im Rundfunkrat und bestimmen das und eigentlich mögen wir uns ja alle ganz gern und verstehen uns auch ganz gut“, sondern diese Debatte muss tatsächlich in der Gesellschaft geführt werden, und da habe ich das Gefühl, dass das in den letzten Jahren versäumt worden ist.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ist das denn so eine Debatte, wie wir sie jetzt in der Schweiz aus der Ferne beobachten konnten?

Diemut Roether: In der Schweiz konnte man sehr gut sehen, dass tatsächlich die Debatte auf das Volk übersprungen ist; dass die Leute angefangen haben, darüber zu diskutieren: „Was würde mir eigentlich fehlen, wenn es das SRF oder all die anderen Sender, die zur SRG gehören, nicht gäbe?“ – und da wurde

das dann auf einmal tatsächlich zu einem leidenschaftlichen Thema. Ich habe sehr schöne Spots gesehen – die übrigens von Produktionsfirmen für die SRG produziert wurden, weil sie gesagt haben, „Wir müssen jetzt mal was für euch tun“ – in denen man festgestellt hat: Hier wird darauf gesetzt, die SRG ist identitätsstiftend, sie ist ganz wichtig. Das war wohl auch der Punkt – das haben mir dann auch Schweizer Kollegen gesagt –, weswegen die Abstimmung am Ende so positiv ausging für die SRG, weil die Leute gesagt haben: „Das sind unsere Inhalte, das sind die regionalen Inhalte, die wir brauchen und die wir vermissen würden, wenn es sie nicht gäbe.“

Prof. Dr. Ursula Münch: Müsste der Rundfunk mehr über sich selbst sprechen?

Ulrich Wilhelm: Ich wollte gerade da anknüpfen: Ja, müssen wir. Wenn Dinge infrage gestellt werden, dann muss man sich auch hinstellen und immer wieder – wo nötig, auch im eigenen Programm – für die entsprechende Informationsbasis sorgen. Ich wollte nur noch einen Vergleich ziehen: Wie es der ARD geht oder was die ARD eigentlich genau ist und macht, ob die viel oder wenig Geld braucht, das wissen die meisten Menschen nicht. Das ist ein Insider-Thema für einen ganz kleinen Kreis, ein Thema, bei dem fast niemand ein eigenes Beurteilungsvermögen hat. Der Bereich, wo die Menschen hingegen Beurteilungsvermögen haben, der betrifft das Programm: Welche Sendung gefällt mir? Was überzeugt mich? Hier können die Menschen mitreden. Ich glaube nicht, dass man eine große Mehrheit in der Gesellschaft mobilisieren kann zum Thema: Die ARD muss verteidigt werden. Doch wenn eine Sendung auch nur ihren Sendeplatz wechselt oder wenn eine Stunde Volksmusik von einem Programm in ein anderes Programm wechselt – dann gibt es eine Reaktion, dann erreichen uns riesige Anzahlen von Briefen und E-Mails, so dass es wirklich zum Massenthema wird. Und wenn man das jetzt mal hochrechnet, was man an diesen wenigen Beispielen sieht – die ganz große Verwurzelung all dieser Angebote in der Bevölkerung, dass diese Angebote wirklich Teil des Lebens von Menschen sind – wenn man das dann für die vielen, vielen Programmangebote multipliziert, dann ist klar: Es geht hier nicht um eine Institution von Bürokraten. Ob die jetzt Millionen oder Milliarden brauchen, weiß man nicht, sondern es geht in der Summe um all diese Sendungen. Man sieht daran, dass wir, ähnlich wie in der Schweiz, eine ganz große Massenmobilisierung hätten, wenn es darum ginge, ob das nun insgesamt alles wegfallen soll. Für uns ist es aber schwerer, weil wir ja nie den einen Zeitpunkt haben, an dem Millionen Menschen drüber abstimmen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Da sind wir ja eigentlich recht froh drüber.

Ulrich Wilhelm: Ja, aber in diesem Zusammenhang ist der Unterschied bedeutsam, weil es nicht diesen Kulminationspunkt gibt, in dem alle Argumente auf dem Tisch liegen und dann einmal abgestimmt wird. Ich bin kein Freund von Plebisziten über öffentliche Ausgaben, denn es ist sehr schwer, das dann sachlich zu organisieren. Aber um das Planspiel einmal durchzudenken: Was wir jederzeit natürlich wüssten, wenn man eine bestimmte beliebte Sendung entweder kürzt, verlegt oder gar einstellt, ist, dass es zu einem großen Plebiszit wird, wo Leute sich sofort melden und bemerkbar machen. Eine Mobilisierung der Gesellschaft im Sinne von Anteilnehmen an den Sendungen, ist jederzeit da.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt frage ich dazu nach: Ist das eine Gegenwartsbeschreibung, bezogen auf ein Publikum, das selten die unter 20-Jährigen umfasst? Ist das in 30 Jahren auch noch so? Jetzt sind wir drei hier oben Angehörige der Jahrgänge der 1960er-Jahre – die Frau Roether ist drei Jahre jünger als der Intendant und ich – wir sind beide Jahrgang 1961. Jetzt gehe ich mal davon aus – wir sind Angehörige der Babyboomer-Generation –, dass das dann vielleicht kein besonders großes Thema mehr ist; dass es keinen öffentlichen Aufstand gibt, solange Netflix weiterhin zu empfangen ist.

Ulrich Wilhelm: Ich glaube das nicht. Zuzugeben ist: 30 Jahre in die Zukunft zu blicken ist ehrgeizig. Das traue ich mir nicht wirklich zu. Was wir aber in unseren Erhebungen sehen, ist, dass bei den Jungen – also den 14- bis 24-Jährigen – die Wertschätzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der ARD, wieder deutlich zunimmt. Sie liegt höher als in der Gruppe der 30- bis 50-Jährigen. Sowohl in der ARD-Akzeptanzstudie der GfK, die ich vorher zitieren konnte, ist die Wertschätzung in dieser Gruppe deutlich gestiegen, als auch beim Abstimmungsverhalten in der Schweiz: Über dem Durchschnitt an Zustimmung lagen die Wähler mit über 60, über 70 Jahren, aber eben auch die ganz jungen. Das ist eine ganz bemerkenswerte Wiederhinwendung jüngerer Menschen zu dem Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als öffentliches Gut, als Qualitätsmedium. Das ist interessant und das korrespondiert nicht notwendig mit dem Maß der eigenen Inanspruchnahme. Was wir auch erleben, wenn wir weggehen von unseren rein linearen Angeboten nur in Radio und Fernsehen und auch digitale und mobil nutzbare Inhalte entwickeln, ist, dass sehr viele Menschen schnell darauf einsteigen. Wir haben ganz beachtlich niedrige Altersdurchschnitte für unsere App-Angebote während unsere linearen Sendungen freilich einen weitaus höheren Altersdurchschnitt haben. In unserem dritten Programm liegt der Altersdurchschnitt bei 65 bis 70 Jahren. Wenn wir allerdings dann eine solche Sendung oder eine andere Machart dieser Inhalte im Netz zeigen, dann liegt der Altersdurchschnitt auf einmal wieder deutlich darunter.

Diemut Roether: Ich sehe das auch so, dass die Leute sich natürlich am ehesten mit Inhalten identifizieren. Das ist ja klar. Wenn ich das Radio anmache, dann erkenne ich irgendwann die Moderatoren – finde sie gut oder finde sie schlecht, schalte deswegen an oder ab. Das sind alles Faktoren, die da eine Rolle spielen. Was ich aber jetzt bei Ihrem Haus vermisste, Herr Wilhelm, gerade wenn Sie jetzt sagen: Wir wollen auch die jüngeren Zielgruppen ansprechen, dann ist das auch eine klare Strategie, wie Sie sich denn multimedial aufstellen wollen. Es gibt jetzt dieses Papier, dass Sie ein integriertes, föderales Content-Netzwerk werden wollen – das ist natürlich auch was, womit eigentlich kein Mensch wirklich was anfangen kann.

Prof. Dr. Ursula Münch: Was heißt denn das?

Diemut Roether: Das muss Herr Wilhelm Ihnen wahrscheinlich gleich noch mal erklären. Das Problem, das ich im Moment sehe, ist: Die einen Häuser machen das, die anderen machen hier ein bisschen was. Dann hat der WDR ein politisches Problem mit den Werbeeinnahmen im Radio und sagt: Ach, wir machen dafür weniger Texte im Internet und dafür kriegen wir die Werbung zurück. Es gibt also keine Strategie. Und das ist eigentlich im Moment das größte Problem der öffentlich-rechtlichen Anstalten – dass sie auch selber nicht so richtig wissen: Wohin wollen wir eigentlich?

Ulrich Wilhelm: Ich sehe das naturgemäß anders, das werden Sie mir nicht verübeln. Ich habe aufgemerkt, als Sie sagten: Bei uns im Haus vermissen Sie die Strategie. Was den BR angeht, würde ich sowieso sagen: Es gibt diese Strategie und durchaus auch mit ganz ermutigenden Erfolgen. Wenn Sie etwa den Reportage-Kanal von PULS auf YouTube nehmen, der einen enormen Erfolg hat, in einer Größenordnung für die geringe Reichweite der linearen Welle, die sich ansonsten nur bei ganz besonders großen Medienangeboten wiederfindet. Dieser Kanal spielt in einer Liga, die der BR insgesamt mit seinem gesamten Restangebot auf YouTube kaum schafft. Nur ein Beispiel. Aber ich will Sie jetzt damit beileibe nicht überfallen. Wenn es um die ARD geht, ist die Sache deutlich schwieriger. Wir sind ja nicht ein Unternehmen und schon gar nicht ein Konzern, sondern wir bilden im Prinzip die Kulturhoheit der Länder ab. 16 Länder haben die Zuständigkeit für die Rundfunkgesetzgebung und 16 Länder hätten auch 16 Anstalten gründen können. Es gibt ja Einländeranstalten, darunter auch ganz kleine wie in Bremen und im Saarland – und es gibt Mehrländeranstalten. Wir haben im Moment neun und die sind alle selbstständig. Jeder Intendant zählt also genau gleich viel – auch ein ARD-Vorsitzender hat keine Kommandogewalt.

Ich kann nur koordinieren, Sitzungen leiten und motivieren, moderieren, aber im Prinzip hat jeder von uns Intendanten das Recht zu sagen: Wenn die eigenen Gremien – Rundfunkrat und Verwaltungsrat – jeweils dahinterstehen, dann machen wir es in einer bestimmten Frage anders.

Diese Konstruktion, ein crossmedialer, integrierter föderaler Medienverbund – ein Wortungetüm, das versucht, etwas zu umschreiben, nämlich dass diese neun Anstalten ihre Eigenständigkeit behalten, solange der Gesetzgeber das so festlegt. Dieser hat das Recht zu sagen: Der Bayerische Rundfunk ist eigenständig und tritt nicht irgendeinem anderen Verbund bei. Dahinter steckt die Idee, unsere Eigenständigkeit zu wahren, uns aber trotzdem in den Dienst gemeinsamer Erkenntnisse zu stellen; zum Beispiel der Erkenntnis, dass wir schlanker im Bereich von Technik oder Verwaltung zusammenarbeiten und dadurch Ressourcen für das Programm freibekommen können – wenn uns die KEF denn das Geld lässt.

Woran wir zum Beispiel jetzt ganz konkret arbeiten: Bei sportlichen Großereignissen haben wir immer wieder neu ein journalistisches Zentrum aufgebaut – früher, als die Kassen noch voll waren, am jeweiligen Veranstaltungsort, also dort, wo Olympische Spiele oder Fußball-Europameisterschaften und -Weltmeisterschaften stattfanden. Seit einigen Jahren – das hat unser Haus mit den Winterspielen in Sotschi begonnen – bleibt ein ganz großer Teil der Equipe im eigenen Land. Damals in München-Freimann und zuletzt mit den Journalisten und Technikern, die nicht nach Pyeongchang reisen sollten, in Leipzig. Das war eine Equipe von ARD und ZDF, die eben nicht nach Südkorea reisen musste, sondern das aus der Heimat gemacht hat, und nur ein kleinerer Teil reiste dahin. Jetzt gehen wir noch einen Schritt weiter und sagen: Nicht nur schlanker werden durch das Im-Land-behalten eines großen Teils der Mitarbeiter, sondern wir könnten uns ja auf einen Ort einigen, an dem wir dann immer, wenn eine EM, WM, Olympische Sommer- oder Winterspiele stattfinden, mit den unterschiedlichen Technikern und Journalisten der verschiedenen Häuser eben dieses Broadcast-Center, wie wir das nennen, also ein Sende-Zentrum einrichten. Das ist eine Idee, die nicht ganz leicht auf den Weg zu bringen ist, weil ja immer auch jeder verzichten muss auf eigene Optionen zugunsten einer Gemeinschaftslösung. Aber wir als ARD wollen das machen. Ein weiteres Beispiel ist die Harmonisierung unserer SAP-. Denn momentan hat jeder noch seine eigenen Wege, Dienstreisen zu genehmigen, Reisekosten abzurechnen, etc. Da sagen wir: Lasst uns doch so was mal gemeinsam machen – das spart Geld, könnte sinnvoll sein und wir kriegen vielleicht auch wieder Ressourcen für das Programm frei. Was aber das Thema, dass wir die junge Zielgruppe nicht erreichen, anbelangt: Wir haben zum Beispiel „funk“, das hoffnungsvoll gestartet ist ...

Diemut Roether: ... aber das Problem hat, dass die Leute gar nicht wissen, dass es von ARD und ZDF kommt – die, die es nutzen.

Ulrich Wilhelm: Nun gut. Das ist ein Thema der Markenführung – aber die erste Aufgabe ist ja, dass es überhaupt genutzt wird – dass junge Leute das Angebot entdecken, es wiederfinden, es auch wichtig finden. Das andere können wir dann auch noch erreichen. Das ist sowieso unheimlich schwierig: KiKA ist von ARD und ZDF, Phoenix ist von ARD und ZDF. Aber wenn Sie Umfragen machen – und die Angebote gibt es nun wirklich lange und die Frage stellen: Zu wem gehört der KiKA oder Phoenix? Dann wissen es viele Leute nicht und sagen später: „Ach, das ist auch ARD – wusste ich nicht“ – obwohl es immer deutlich dabei steht und Bestandteil der Markenführung ist.

Prof. Dr. Ursula Münch: Kann man dagegen eigentlich was machen oder ist das die typische politische Bildungsfrage der Hoffnung – man muss es den Leuten nur oft genug sagen, warum es einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt, wie der organisiert ist, wer was trägt? Oder muss man es einfach mit Fassung tragen, dass es die Rezipienten eigentlich nicht interessiert?

Diemut Roether: Ich glaube, es ist doch gut, wenn die Rezipienten Sendungen gerne sehen oder Angebote gerne nutzen – das reicht eigentlich. Natürlich wäre es schön für die Absender, wenn sie sich auch damit beschäftigen würden: Woher kommt eigentlich das Angebot? Aber ich denke, das ist etwas, wo die öffentlich-rechtlichen Sender noch viel mehr in den Dialog eintreten müssen – auch mit den Nutzern und den Zuschauern. Das ist ja immer so der Vorwurf – das war auch in der Schweiz der Vorwurf –, dass gesagt wurde: Wir – also das SRF/die SRG – wurden als arrogant wahrgenommen. Das trifft auch hier die öffentlich-rechtlichen Sender. Das wird immer wieder gesagt: Ja, ihr schwebt doch sowieso über den Dingen. Und da gehört eben wirklich dazu, dass man sich hinstellt und sagt: Hey, wir sind – wie es Herr Wilhelm ja vorhin auch gesagt hat – der Rundfunk der Gesellschaft. Wir werden von allen getragen, wir werden von allen bezahlt. Wir sind euer Rundfunk. – Das ist wirklich eine Aufgabe, der man sich immer wieder stellen muss.

Prof. Dr. Ursula Münch: Es gibt doch auch entsprechende Versuche, zum Beispiel Rundfunkräte zu öffnen für die Öffentlichkeit, also dass man hineinwählt – das gibt es beim WDR. Wie beobachten Sie das?

Diemut Roether: Das ist etwas, was meines Erachtens versäumt worden ist. Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum ZDF, in dem die Verfassungsrichter

gesagt haben: Die Rundfunkräte dürfen nicht so stark politisch besetzt sein wie bisher. Vor allem galt das natürlich für den Fernsehrat des ZDF, und da wurden ja dann die ganzen Medien- und Rundfunkgesetze geändert in den Landtagen – und ich finde, da hätte die Politik von Anfang an mehr gucken müssen: Wie können wir eigentlich erreichen, dass die Bürger tatsächlich diesen Rundfunk als ihren Rundfunk wahrnehmen? Und das erreicht man natürlich damit, indem man ihnen auch die Möglichkeit gibt, in die Rundfunkräte reinzugehen. Beim WDR geht das. Da können Leute sich bewerben für zwei Sitze, und das wird in manchen Anstalten gar nicht so gerne gesehen, weil sie sagen: Oh, die sind so unberechenbar. Bei den Politikern wissen wir wenigstens, woran wir sind, das sind wir seit Jahren so gewohnt, das ist seit Jahren ein eingeübtes Spiel. Aber das ist natürlich genau das Problem, das der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat, dass er nämlich so wahrgenommen wird: Die kungeln doch eigentlich nur mit der Politik.

Prof. Dr. Ursula Münch: Das ist das Stichwort, Herr Wilhelm: das Kungeln – ein Wort, das ich mir natürlich selbstverständlich nie zu eigen machen würde, ich nehme das jetzt nur als Zitat. Aber wenn die Leute beobachten, dass da durchaus Positionswechsel sind zwischen Regierungsämtern und Aufgaben als Journalisten beim Rundfunk, wenn wir sehen, dass der derzeitige Sprecher der Bundesregierung vorher Moderator beim heute-journal beim ZDF war, wenn wir sehen, dass die frühere Regierungssprecherin des bayerischen Ministerpräsidenten zuvor Moderatorin beim Bayerischen Rundfunk war, und wenn wir wissen, dass Sie als jetziger Intendant des Bayerischen Rundfunks ja vorher Sprecher der Bayerischen Staatsregierung und auch der Bundesregierung waren – dann wundert es doch ehrlich gesagt nicht, wenn nicht so ganz kundige Leute sagen: Das ist doch eins wie das andere.

Ulrich Wilhelm: Wenn nicht so ganz kundige Leute etwas sagen, besteht ja häufig die Gefahr, dass es nicht durch Tatsachen gedeckt ist. Zum einen: Es gibt Wechsel zwischen Journalismus und Verwaltung. Regierungssprecher sind ja Beamte, politische Beamte und keine Politiker – aber das gibt es immer schon. Klaus Bölling zum Beispiel war Intendant von Radio Bremen und Regierungssprecher, Herr von Hase war ZDF-Intendant und Regierungssprecher und so weiter. Da kann ich eine lange Liste aufgrund persönlicher Kenntnis der Materie aufmachen. Wichtig ist zum einen die persönliche Einstellung. Öffentliche Ämter kann man ja immer nur dann wirkungsvoll ausfüllen, wenn man ganz für die Belange dieses Amtes da sein will. Ein Umweltminister, der eigentlich die Umwelt nicht schützen will, kann nicht gut Umweltminister sein, und ein Intendant, der die Unabhängigkeit des Journalismus nicht schützen will,

der ist wirklich fehl am Platz – das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir haben ja zu dem Thema Unabhängigkeit und Staatsferne eine Fülle von Verbürgungen – die Wahl des Intendanten trifft der Rundfunkrat. Der Rundfunkrat ist nach Festlegung des Verfassungsgerichts nicht mehrheitlich mit Persönlichkeiten besetzt, die unmittelbar aus der Politik kommen. Es sind auch gewählte Persönlichkeiten dabei – das halte ich auch für richtig, weil ja auch Personen in Wahlämtern Teil des gesellschaftlichen Lebens und der Gesellschaft sind –, aber sie dürfen eben nicht in der Mehrheit sein. Dieses Drittel – es ist ja begrenzt auf ein Drittel – ist in sich dann auch noch vielfältig besetzt, also mit den unterschiedlichsten Parteien, die im Landtag vertreten sind, und so weiter. Es gibt also keine Gruppe, die einfach sagen kann: Das organisieren wir. Außerdem steht gerade jemand, der etwa einen solchen biografischen Hintergrund hat wie ich, ganz besonders unter Beobachtung. Und Medienhäuser – ob das Zeitungen oder auch Rundfunkanstalten sind – sind ja besonders öffentlich. Wir haben sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jederzeit an die Öffentlichkeit gehen können, weil sie selbst ein Teil der demokratischen Öffentlichkeit sind. Ich glaube nicht, dass man sozusagen mit einer heimlichen Agenda über Jahre dort als U-Boot agieren könnte, sondern das ist ganz selbstverständlich Teil der Kontrolle dessen, wie Menschen jeden beurteilen, der ein öffentliches Amt bekleidet - das ist der zweite Gesichtspunkt.

Der dritte ist der, dass es – glaube ich – auch insgesamt diese Wechsel zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Politik sind, die unserer Gesellschaft gut tun. Eine Bemerkung, die aus Lebenserfahrung gespeist ist: Wir haben in Deutschland oft zu abgeschichtete Kreise zwischen den unterschiedlichsten Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Beamtenwelt, Politik – und wir könnten mehr davon profitieren, wenn es da immer wieder mehr Austausch gäbe unter klarer Wahrung der Rollen. Und um es noch einmal zu sagen: Ein Medium muss Unabhängigkeit als das höchste aller Güter schützen und verteidigen und jeder, der da Verantwortung bekleidet, muss sich diesem Ziel verpflichtet fühlen, oder man hat da nichts zu suchen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Danke schön. Frau Roether.

Diemut Roether: Sie haben da einen sehr wichtigen Punkt angesprochen: Das ist eine Frage der Persönlichkeit. Das ist richtig. Ich traue Ihnen auch zu, dass Sie da sehr unabhängig agieren; aber das Problem ist doch: Was für Tore öffnet man mit solchen Gesetzgebungen, mit solchen Möglichkeiten? Hier in Bayern ist es so, dass das Bayerische Rundfunkgesetz sagt: Die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident ist in Personalunion auch Vorsitzender des Verwaltungsrats des Bayerischen Rundfunks. Nun sind Sie, Frau Stamm, auch gewiss über jeden

Zweifel erhaben und sehr integer, aber was passiert, wenn eines Tages jemand in dieser Funktion ist, der nicht so integer ist wie Sie? Wie verhindern Sie dann diesen Amtsmissbrauch?

Ulrich Wilhelm: Ich würde ja sagen: In Verfassungen ist das Prinzip von Checks and Balances und der klaren Kompetenzen immer das Wichtigste. Die klare Zuweisung von Kompetenzen und was auch immer die innere Rundfunkfreiheit schützt, ist das Thema – dass immer klar ist, wer hat genau welche Aufgabe. Und Übergriffigkeiten in die eine oder andere Richtung, eines Intendanten in die Zuständigkeiten von Verwaltungsrat oder Rundfunkrat oder umgekehrt – das ist, solange wir ein Rechtsstaat sind und solange die Freiheit auch bei uns intakt ist, nicht zu bewerkstelligen. Wenn wir in eine – wie Sie, Frau Professor Münch, es in Ihrer Einführung nannten – autoritäre oder totalitäre Gesellschaft abgleiten, dann ist es wahrscheinlich unser geringstes Problem, was in den Büchern steht, sondern da ist die gelebte Verfassung natürlich sowieso geprägt von den Kennzeichnungen Totalitarismus oder Autoritarismus. Aber solange wir in dieser transparenten Gesellschaft leben, wo es sofort eine kritische Diskussion gibt, wo Checks and Balances gelebt werden, ist mir da nicht bang.

Prof. Dr. Ursula Münch: Gut, mir auch nicht und deshalb – und nicht nur deshalb – jetzt an Sie, die Fragerunde. Ich darf Sie bitten, sich zu melden – wir sammeln Fragen und geben sie dann vor zur Beantwortung. Sie rühren sich bitte so, dass unsere Mikrofonträger es sehen können. Da ist einmal dieser Herr und dann die Vizepräsidentin Gote.

Fragesteller: Guten Abend. Frau Roether, Sie formulierten den Vorwurf der fehlenden Strategien und Herr Wilhelm konterte, dass doch die Jugend so sehr auf das neue Angebot anfällt. Wenn der Cambridge-Analytics-Skandal und Facebook eines zeigen, dann doch, dass man nicht mehr so in Altersgruppen rechnen soll. Man rechnet, wenn man heutzutage Wahlkämpfe – siehe Brexit oder US-Wahlkampf – gewinnen will, in Interessengruppen, in psychologischen Analysen, und lässt diese Altersgruppen etwas liegen. Das Ganze zeigt doch, dass dieses große Wort, dass die Digitalisierung in all ihren Sparten einen immensen Wandel vorantreibt, dem wir irgendwo nicht mehr gewachsen sind und wo dann eben diese fehlenden Strategien aufkommen. Jetzt möchte ich direkt an Ihren Vortrag anknüpfen – mit einer konkreten Frage. Ich weiß, dass Sie Rechtswissenschaftler sind und ein feines Gespür für unser Recht haben. – Sind Sie der Meinung, dass das Recht für die Digitalisierung in irgendeiner Art gewappnet ist, weil wir nicht nur in Medienbranchen, sondern auch wenn es sicherheitspolitische Überlegungen gibt, immer wieder Verweichlichungen und

Schwachstellen des Rechts in Bezug auf Digitalisierungen bemerken? Wie ist Ihr Empfinden, wie ist Ihr rechtswissenschaftliches Empfinden zur Digitalisierung im Verhältnis zu der Weitsicht von den Forderungen, wie Sie vorhin schon gesagt haben? – Vielen Dank.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt befürchte ich, dass wir ein zweites Akademiegespräch machen müssen, aber bevor wir das tun, nehmen wir noch die Vizepräsidentin Frau Gote mit dazu.

Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Ich bin ja auch Medienpolitikerin. Deshalb habe ich mich getraut, mich zu melden – wollte Ihnen aber auch nicht den Raum nehmen. Ich möchte zurück auf Ihre Frage vom Anfang kommen, Frau Roether. Da haben Sie darauf angesprochen, dass der Bayerische Rundfunk ja in vielen Teilen nicht die Gesellschaft widerspiegelt. Frauen, Diversity, Menschen mit Migrationshintergrund sind als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BR ja nicht wirklich so vertreten wie in der Gesellschaft, und der Herr Intendant ist dann ein bisschen ausgewichen und gleich zu den MINT-Fächern gegangen, was für mich jetzt nicht so viel damit zu tun hat. Aber Sie haben in Ihrem Vortrag selber den Vergleich mit der BBC angesprochen und das ist ja auch immer wieder die Messlatte, die sich die ARD gerne gibt. Wenn ich nun schaue: BBC und Diversity – dann sehe ich da erst mal Reporte aus den vergangenen Jahren, ich sehe eine Strategie 2016 bis 2020, die dezidierte Ziele enthält, was man erreichen will in den verschiedenen Gruppierungen, Strategien dazu – wo ist das alles bei der ARD?

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank. Frau Roether hat jeweils die Stichpunkte geliefert, aber die Fragen sind jetzt zunächst mal an den Intendanten gerichtet.

Ulrich Wilhelm: Klare Antwort: Das Recht ist noch nicht auf Ballhöhe. Die Digitalisierung läuft so schnell und sie ist vor allem technisch getrieben – also nicht durch ein gesellschaftliches Leitbild oder gar rechtliche Erwägungen, sondern einfach weil technische Entwicklungen jetzt in schneller Folge kommen. Wenn ich nur kurz abschweifen darf: Bei der künstlichen Intelligenz wird es auch deshalb so schnell gehen, weil die theoretischen Grundlagen dieser mehrschichtigen neuronalen Netzwerke schon sehr lange erdacht sind, aber die Möglichkeit, das umzusetzen, lange nicht vorhanden war. Und jetzt, im Zeitalter der immer schnelleren Rechner, der immer komplexeren Rechnungen, die man ausführen kann, geht die Weiterentwicklung sehr schnell, weil vieles an Grundlagen eben schon auf dem Tisch liegt. Für uns ist die zweite Schwierigkeit,

dass – wenn es tatsächlich Maßstäbe des Rechtlichen oder Kulturellen gibt – diese dann häufiger aus Amerika stammen. In Amerika ist ja, um es pointiert zu sagen, Nacktheit schlimmer als Holocaustleugnung. Entsprechend fallen auch die Löschroutinen bei Facebook und an anderer Stelle aus. Und das, was uns so besonders wichtig ist – geboren aus schmerzlichen Erfahrungen der Geschichte –, ist dort ganz anders in der Verfassungswelt verankert und kümmert viele auch nicht so.

Ich erinnere mich an meinen ersten Besuch bei Google: Da gab es in Echtzeit eine Karte der Welt – elektronisch –, auf der doch allen Ernstes unter der Überschrift „Zensurvorfälle“ weltweit alles in einen Topf geworfen wurde, was in China gelöscht worden war und was bei uns – aus Gründen wie eben Holocaustleugnung oder anderen Umständen – mit Löschung beantwortet werden sollte. Unterschiedslos, weil Google es einfach als unzulässigen Eingriff in die Meinungsfreiheit gesehen hatte – mit diesem ganz weiten amerikanischen Begriff. Ich glaube, dass da noch sehr viel Denkarbeit vonnöten ist; und, wenn die Denkarbeit gemacht ist, müssen wir zum Zweiten aber auch die Begrenztheit der Durchsetzungsmöglichkeiten erkennen. Dass der Arm des deutschen Gesetzgebers natürlich nicht notwendig bis zu Amazon, Google, Facebook reicht, wenn sogar schon der US-Kongress bei der Anhörung von Herrn Zuckerberg erkennen musste, dass ihm zum Teil ein X für ein U vorgemacht wurde und er eigentlich nicht so schnell was daran ändern kann.

Und ein anderer Punkt – um es jetzt ganz knapp zu machen – kann, glaube ich, auch nur in eigenen technischen Lösungen liegen. Wenn wir glauben, dass wir mit unserer europäischen Rechtskultur dauerhaft amerikanische oder koreanische Unternehmen so regulieren können, dass es für uns passt, dann werden wir erkennen, dass das trügt. Was wir machen sollten – ich habe es immer mal wieder angeregt: Wir sollten auch eigenständige europäische Lösungen entwickeln bei Angeboten, die auf reichweitenstarken Plattformen mit einem bestimmten qualitativen Anspruch erstellt werden, sodass es dann auch eine Einheit gibt von kulturellem Raum, Rechtsraum und den technischen Gegebenheiten. Wenn das auf Dauer zu sehr auseinanderfällt, wird die Sache schwierig werden. Ein weiterer Punkt: Wenn häufig im politischen Raum von digitaler Kompetenz die Rede ist, dann denken viele dabei in erster Linie nur an den schnellen Netzausbau, im Sinne von: „Wir müssen jetzt endlich verlässlich überall in allen Räumen X Gigabyte an Versorgungsqualität haben, und zwar stabil.“ Das ist schon gut und richtig. Aber die gesellschaftlichen und rechtlichen Themen muss man mitdenken. Sonst machen wir manche Probleme sogar noch schlimmer, weil die Schnelligkeit, mit der dann Entwicklungen ablaufen können, die wir nicht wollen, noch höher wird. Eine ganz schwierige Frage, die wir an einem anderen Akademieabend gerne auch anpacken könnten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Bevor Sie auf die Frage von Frau Vizepräsidentin Gote eingehen, würde ich gern diese Frage noch an Frau Roether weitergeben: Gibt es in der medienpolitischen Debatte diese Überlegung auch, dass wir auch selbst Anstöße geben müssen, dass die eine oder andere Frage auch rechtlich geregelt werden muss und dass die Politik auch Anstöße aus dieser medienpolitischen Debatte bekommt?

Diemut Roether: Ich sehe da ganz unterschiedliche Stufen. Ich glaube einmal, dass es Recht gibt, das gar nicht genug angewandt wird – auf Internetbereiche. Wenn wir jetzt hier über strafrechtlich relevante Sachen reden, dann wird wenig angezeigt, und ich habe auch das Gefühl, dass die Gerichte oft damit überfordert sind und gar nicht richtig damit umgehen können. Das ist auch ein Problem, das der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Moment mit seinen Telemedien hat: Dass man das Gefühl hat, dass die Gerichte gar nicht richtig beurteilen können, was eigentlich so eine App ist und was die für eine Wirkung hat und was überhaupt presseähnlich ist – dieses schreckliche Wort presseähnlich, das in den Staatsverträgen steht. Was die Medienpolitik angeht, hat man ja dieses Netzwerkdurchsetzungsgesetz im vergangenen Jahr verabschiedet, das sehr stark kritisiert wurde, und woran ich auch Kritik habe. Ich hatte auch das Gefühl, das ist jetzt so ein Aktionismus hier; da musste jetzt etwas gemacht werden, und man hat gesagt: Okay, wir machen jetzt erst mal das. Ich glaube, das ist tatsächlich auch eine Krux bei der deutschen Medienpolitik: diese föderale Verfasstheit und dass wir auf der anderen Seite die europäische Ebene haben und dass natürlich vieles auch auf europäischer Ebene geregelt wird und geregelt werden sollte, aber dass das mit den 16 Ländern und Europa nicht immer so leicht zu koordinieren ist. Also da sehe ich tatsächlich einen gewissen Stau – eine große Langsamkeit bei der deutschen Medienpolitik.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. – Jetzt kommen wir zur Frage der Diversität.

Ulrich Wilhelm: Nur noch anknüpfend daran: Es stimmt, wir haben nebeneinander das Rundfunkrecht – das ist Ländersache –, das Telekommunikationsrecht – das ist Bundessache –, und dann einige weitere Dinge, um in dem Bereich wirksam etwas zu tun, das wäre die europäische Rechtssetzung. Das gemeinsam zu denken ist eine gewaltige Aufgabe und ist am Ende gesellschaftliche Gestaltung – weit mehr als nur technische oder im engeren Sinne Mediengestaltung, sondern da geht es wirklich auch darum, was wir zivilisatorisch, kulturell erreichen wollen oder auch absichern wollen. Zur Diversität: Die BBC ist ein Unternehmen – die BBC kann wirklich für das

ganze Vereinigte Königreich in Absprache mit dem Unterhaus, wenn es um die Verlängerung der sogenannten Royal Charter geht, Festlegungen treffen. Die ARD hingegen ist eine Arbeitsgemeinschaft – wie das A in ARD sagt. Wir haben also neun selbstständige Häuser mit eigenen Gleichstellungsbeauftragten – mit eigenen Diskussionen im jeweiligen Rundfunkrat über die Aspekte Diversität, Vielfalt, unsere Ziele und so weiter. Es gibt keine übergreifende Instanz, es gibt keinen ARD-Oberintendanten, keine Gleichstellungsbeauftragte für alle Häuser. Wir haben wirklich ein hohes Maß an Eigenständigkeit. Dies nur zum Punkt, wenn Sie fragen: Wo ist die Strategie der ARD? Worüber wir uns natürlich auch immer wieder austauschen, ist die Frage, was die Gesellschaft von uns erwartet. Wir alle sind nicht vom Himmel gefallen, sondern bewegen uns in unserem Land und kriegen all das mit, was Sie auch zu Recht anführen. Die vielen Diskussionen, auch die Kritik, die geübt wird, wenn wir Erwartungen nicht erfüllen – in diesen wie in anderen Fällen. Bei der Diversität, bei dem Thema Gleichstellung, ist ein langsames Verbessern der Verhältnisse, die aus anderen gesellschaftlichen Verhältnissen kommen, zu beobachten. Im BR haben wir in den letzten acht bis neun Jahren den Anteil von Frauen – zum Beispiel in Führungspositionen – kontinuierlich steigern können. Es geht nicht so schnell voran, wie ich mir das auch selber wünsche. Das liegt aber auch daran, dass wir Führungspositionen abbauen, wir besetzen also nicht jede frei werdende Stelle neu und hätten dann wieder die Chance, auch dem Gleichstellungsziel zu dienen, sondern wir kassieren auch viele Stellen ein. Das tun wir zum einen wegen der Einsparauflagen und zum anderen auch unter dem Aspekt der Trimedialität, weil wir nicht alles nebeneinander abbilden wollen, sondern statt einem Sportchef für den Hörfunk, einen fürs Fernsehen und einen für Online nunmehr nur noch eine Führungspersönlichkeit für den Sport insgesamt haben, eine Führungspersönlichkeit für die gesamte Kultur, für die Politik und dergleichen mehr. Unter diesem Aspekt ist der Fortschritt hier mitunter langsamer, als er nach unser aller Dafürhalten sein sollte, aber ich denke, dass sich die Zahlen trotzdem auch im Vergleich sehen lassen können.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wir machen noch eine kleine Fragerunde. Jetzt hatte ich einen Herrn gesehen, hier in der vierten Reihe. Dann Herrn Hanitzsch und dann sehe ich hier noch eine Frage und wir nehmen die alle drei bitte zusammen.

Fragesteller: Ich würde mir ja von den öffentlich-rechtlichen Anstalten etwas mehr Mut und Offensive in der Diskussion um den Gebührenbeitrag wünschen, denn wenn man dem Publikum mal klarmacht, was man für die 17 Euro im Monat bekommt, wie viele Stunden am Tag die Programme genutzt werden und was im Verhältnis dazu ein Abonnement einer regionalen oder gar überregionalen

Tageszeitung kostet, und wie viele Minuten am Tag man mit diesen Medien zubringt, dann müsste das noch sehr viel offensiver gemacht werden. Und wenn man nicht einmal den Teuerungsausgleich über Jahre hinweg bekommt, dann sage ich mir: Keine Gewerkschaft würde sich das gefallen lassen; aber der öffentliche Rundfunk, der unser aller Rundfunk ist, der lässt sich das gefallen und lässt sich dann auch von Rechnungshöfen Dinge diktieren, die – glaube ich – über die Kompetenz von Rechnungshöfen hinausgehen, weil man ins das Programm hineinredet. Und das sollte man nicht tun. Und weil die Präsidentin zur Begrüßung gesagt hat: Wir sollten den öffentlichen Rundfunk nicht unter Quotendruck stellen – er steht längst unter Quotendruck, und wenn er ein bisschen mehr Geld hätte, könnte er von diesem Druck vielleicht auch befreit werden.

Prof. Dr. Ursula Münch: Also ein flammendes Plädoyer, da etwas mehr Selbstbewusstsein im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zutage zu bringen. – Vielen Dank. Herr Hanitzsch, bitte – in der ersten Reihe.

Dieter Hanitzsch (ehemaliger Wirtschaftsjournalist beim Bayerischen Fernsehen und Karikaturist unter anderem bei der Süddeutschen Zeitung):

Ich heiße Dieter Hanitzsch. Ich war 20 Jahre beim Bayerischen Fernsehen als Wirtschaftsjournalist beschäftigt; kam nicht aus der Geisteswissenschaft, sondern bin gelernter Bierbrauer – habe es nachher ein bisschen verfeinert; konnte nach der Arbeit hier auch als freier Mitarbeiter in vielen, vielen verschiedenen Bereichen auch noch weitermachen. Ich bin nach wie vor jemand, der den Bayerischen Rundfunk als seine journalistische und publizistische Heimat betrachtet. Deswegen ärgere ich mich wirklich darüber, dass eine Institution wie ARD oder ZDF, öffentlich-rechtliches Fernsehen – das diese Projekte oder diese Produkte anbietet, die Sie, Herr Wilhelm, alle vorhin genannt haben, mit denen Sie 90 Prozent oder über 90 Prozent der Menschen in diesem Land erreichen – dass man sich ständig dafür entschuldigen muss, dass das alles etwas kostet. Es gibt Firmenkonzerne, die Milliarden Euro ausgeben, um ihr Image zu fördern. Die müssen die Agenturen bezahlen, PR-Agenturen, PR-Abteilungen aufbauen, sie müssen sich die Werbung dann auch noch kaufen, bei den Zeitungen oder Rundfunkanstalten. Die Rundfunkanstalten haben das alles für sich selber. – Warum wirbt nicht das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit einem ständigen, immer wiederkehrenden, nicht ein Mal mit einer Diskussionssendung, sondern mit einem ständig wiederkehrenden Programm? Sagen wir mal mit einer Serie – jetzt nicht „Dahoam is Dahoam“, sondern vielleicht mit etwas Humor – das würde mir liegen – zum Beispiel für dieses Produkt, was wirklich großartig ist. Stattdessen ist es immer so bescheiden und sagt: Es tut mir leid, es kostet was. –

Und das finde ich wirklich nicht gut.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank. Ein weiteres Plädoyer für mehr Selbstbewusstsein. Und wir nehmen Ihre Frage noch dran – bitte.

Fragesteller: Herr Wilhelm, Sie haben es vorhin kurz in Ihrem Vortrag gestreift – für mich kam es ein bisschen zu wenig heraus: Sie haben Think Tanks angesprochen, und wir sehen, dass auf der Frankfurter und auch auf der Leipziger Buchmesse ein neu-rechter Verlag namens Antaios plötzlich publizieren darf. Da stellt sich mir die Frage: Sehen Sie die – vielleicht nicht die Zukunft, aber ein mögliches künftiges Betätigungsfeld der Öffentlich-Rechtlichen ebenfalls im Metapolitischen? Ich sehe Ihr Angebot, zum Beispiel Maybrit Illner, Anne Will, das sind alles Talkshows mit realpolitischen, tagespolitischen Inhalten, und es gibt natürlich Dokumentationsreihen über aktuelle politische Vorgänge. Aber es gibt doch sehr wenig über das, was unser Land eigentlich ausmacht – beispielsweise Verfassungsgeschichte, auch dieser ominöse Begriff „Verfassungspatriotismus“; was schätzen wir eigentlich an unserer Verfassung? – Sehen Sie da, vielleicht auch unter dem derzeitigen Druck der Politikverdrossenheit, eine Möglichkeit, sich dieses Themenfeldes anzunehmen?

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank – also hier auch die Frage des Bildungsauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Zunächst frage ich Frau Roether – fehlt es denen allen an Selbstbewusstsein? Macht man sich von vornherein klein oder liegt es tatsächlich auch an der Finanzierungsstruktur, dass man einfach nicht rauskommt?

Diemut Roether: Ich habe manchmal schon das Gefühl, dass es ein bisschen an Selbstbewusstsein fehlt. Ich würde mir wünschen, dass man zu bestimmten Dingen mehr steht. Herr Wilhelm hat in seiner Keynote am Anfang von den tollen Angeboten gesprochen – Bayern 2, 3sat und so weiter –, das kann ich ja alles unterschreiben. Ich habe dann eher ein Problem damit, wenn im Ersten jeden Vorabend eine Quizshow gesendet wird. – Da frage ich mich: Ist das wirklich notwendig beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder könnte er da nicht auch etwas selbstbewusster sein und sagen: Wir sind anders – wir machen anderes Programm.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ja, jetzt müssen sich die Quizshow-Zuschauer outen – ich fürchte, da finden wir nicht so sehr viel. Herr Wilhelm: Warum die Quizshows? Und dann natürlich vor allem die anderen Fragen.

Ulrich Wilhelm: Ich glaube, man muss sich davor hüten, ein so elitäres Angebot zu machen – was Sie auch gar nicht meinen. Da macht es wirklich die Mischung. Wir haben sowieso sehr viele hochwertige Kulturangebote, Klassikangebote. Deutschland ist auch wegen der Rundfunkorchester das Land mit der größten Dichte an Arbeitsplätzen in der klassischen Musik in einer hervorragenden Qualität – da sind wir wirklich weltweit eine führende Nation. Ich würde jetzt ungerne einer großen Mehrheit Dinge wie Quizshows und anderes absprechen wollen – das gehört eben auch zum Leben. Persönlich bin ich kein Befürworter der Quote als Selbstzweck – hier gibt es in den Häusern, auch quer durch Europa, aber unterschiedliche Ansichten. Weil diejenigen, die sich an die Quote halten, sagen, das ist wenigstens ein messbarer Faktor, ist in gewisser Weise objektivierbar und schützt damit auch in Debatten. Gut, ich will nicht absprechen, dass man die Quote auch immer heranzieht, aber ich ermutige seit Jahren nach Kräften alle, die da auf mich hören wollen, immer wieder auch Dinge zu riskieren, zu experimentieren, innovativ zu sein und nicht nur auf Nummer sicher zu gehen, dass das, was quotenmäßig funktioniert hat, dann auch verlängert werden sollte. Das ist ja auch häufig genug das Problem bei Talkshows, dass – und darin ergibt sich ja auch diese Wiederkehr von Themen und Gästen – man sagt: In der Zusammensetzung hat es funktioniert, war eine vernünftige Quote – also könnten wir so ein Format jetzt noch mal machen. Ich gestehe gerne zu, dass man das auch mit guten Argumenten anders sehen kann – aber das ist mein Standpunkt.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wenn ich da den Zusammenhang herstellen dürfte zur letzten Frage: Das war ja genau die Frage nach dem Bildungsauftrag, und das in Zeiten, in denen man den Eindruck hat, dass die Leute nicht verstehen, was ein Solidarsystem ist – auch mit Bezug auf den Rundfunk –, und auch vieles andere nicht verstehen und wir gleichzeitig die Beobachtungen machen – also ich mache sie zumindest –, dass zum Beispiel Beiträge und Formate wie ARD-alpha nicht den Stellenwert haben, den man mit einem gewissen Blick für notwendig hält. Kommen wir da nicht wieder zum Thema Quote: Es hat nicht den Stellenwert, weil es nicht die Quote hat?

Ulrich Wilhelm: Zunächst möchte ich dem Fragesteller ausdrücklich Recht geben. Es ist auch mein Eindruck, dass wir insgesamt – ob Medien, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft – uns wieder stärker bemühen müssen, die Grundlagen, die grundlegenden Entscheidungen unseres Landes zu vermitteln. Man kann nicht alles als bekannt voraussetzen. Manche Dinge, die geschichtlich auf den Weg gekommen sind – Gott sei Dank – unter dem Aspekt „Nie wieder Diktatur, nie wieder ein Angriffskrieg aus Deutschland heraus“, verblasen im Laufe der Zeit und manches Erfahrungswissen verschwindet auch in der Gesellschaft.

Ich glaube, dass wir da wirklich wieder ran müssen, auch als Medien stärker zu erklären: Warum ist eigentlich was wie? Wie ist es gewachsen? Wie ist es zustande gekommen? Und das auch noch stärker erläutern müssen. Wir haben bei uns jetzt ein Angebot auf ARD-alpha, alpha-Demokratie, gestartet, das immer vor den Nachrichten ein Thema schwerpunktmäßig vertieft, und zwar ein Thema, das allein durch das Verfolgen der „Tagesschau“ nicht wirklich verstanden werden kann.

Zudem arbeite ich auch an einer zweiten Idee, die darin besteht, auch im Massenprogramm – im Ersten Deutschen Fernsehen – hin und wieder 15 Minuten Zeit frei zu schaufeln, um bestimmte Themen verlässlich zu erklären. Nehmen wir mal das Thema „Streit in Handelsfragen – Zölle“, dann hören die Menschen Begriffe wie Strafzölle und so weiter und fragen sich mit Recht: Ist ein Strafzoll etwas anderes als ein Zoll? Darf man überhaupt einen Zoll erheben? Wie wirkt sich denn das aus? Da ist der Bericht von zwei Minuten in der Tagesschau nicht genug. Ich würde mir auch an solchen Tagen wünschen, dass man es in 15 Minuten, gleich um 20.15 Uhr, erklärt. Das wären Themen, die noch –keinen „Brennpunkt“ hergeben, weil es in dem Sinne keine Breaking News-Situation ist, aber so wichtig sind, dass sie es verdienen, besser vermittelt zu werden. Also zu wichtigen Themen im besten Sinne Grundbildung vermitteln. Das kann auch ein anderes Thema sein. Etwa ein Unfall mit einem selbstfahrenden Auto. Da fragen sich die Leute doch auch: Gibt es selbstfahrende Autos bereits bei uns? Wird daran gearbeitet? Ist das überhaupt erlaubt und welche Maßgaben gäbe es? – All diese Antworten bringt man im 90 Sekunden langen Bericht in den Hauptnachrichten allein nicht unter, aber man könnte aus einem Anlass heraus, wenn wir so eine Sendung hätten, im Ersten so etwas durchaus spannend in 15 Minuten erzählen. Aber das ist nicht speziell, was Sie jetzt meinen – das ist ja noch viel grundsätzlicher: Warum haben wir eine Einbettung in Europa? Warum haben wir eine plurale Verfasstheit in unserem Land? Und, und, und. – Dinge, die genau auch von neu-rechten Intellektuellen bestritten werden. Da geht es ja eigentlich, wie wir es auch aus der Diskussion in der Spätphase der Weimarer Republik kennen, um gnadenlose Reduktion von Vielfalt. Damals gab es ja ganz berühmte Auseinandersetzungen: Die Dinge müssen einfach sein, klar, und dem Volk, das man dann selber definiert, dienen – und alles andere ist für das Volk schädlich. – Ich glaube, da ist es ein wirksames Mittel, immer wieder zu sagen: Es gibt gute Gründe, warum so viele kluge Leute die Grundlagen unseres Landes so geschaffen haben, wie sie sie geschaffen haben. Da steckt ja unglaubliche Denkarbeit drin, die man immer wieder auch zeitgemäß erklären kann.

Dann noch ganz knapp die beiden Plädoyers zum Thema „Mehr Selbstbewusstsein“. Ich glaube, der Appell ist gerechtfertigt, aber es fällt uns nicht leicht, weil das sehr überfallartig gekommen ist. Man hat sozusagen einerseits

das Thema „schwindende Reichweiten durch neu hinzukommende Angebote“ und dann andererseits „den öffentlichen Liebesentzug“. – Als das Thema „Lügenpresse“ zum Beispiel aufkam, waren wirklich viele Journalisten verstört und auch ein Stück weit ratlos: Wo kommt das auf einmal her? Bis man dann tatsächlich näher aufschlüsseln konnte, wie genau das organisiert worden war. Das kam ja als Thema „Vertrauensentzug“ auf breiter Front von normalen Leuten. Dass das entstanden war aus radikalen Foren, aus Facebook, unter bestimmten Anlässen, dass da auch agitiert worden war im Hintergrund, das machte sich erst in späteren Aufarbeitungen bemerkbar. Ich glaube, dass es auf fruchtbaren Boden fällt, wenn wir uns allmählich auch darauf einlassen, im eigenen Programm über unsere eigene Arbeit zu reden. Das galt lange als unvornehm. Man tat es einfach nicht. Über sich selber zu reden, wurde fast als Missbrauch eigener Publizitätsmöglichkeiten verstanden. Ich glaube, da kommen wir jetzt allmählich hin, zu sagen: Wenn es die Debatte gibt und wenn sie ohnehin in Schärfe geführt wird, dann sollten wir uns auch selber stellen. Was wir auch noch mehr machen, ist unser Publikum einzuladen – in die Sendungen. Oder jetzt, im Juni, haben wir eine ganze Woche offene Türen bei uns im Haus, wo sich interessierte Leute vorher anmelden und mitmachen können, bei Sendungen über die Schulter schauen, Einblick nehmen: Wie entstehen Nachrichten, warum werden Themen in der Rundschau an erster, zweiter, dritter Stelle platziert? – Dabei haben die Menschen, die zu uns kommen, natürlich auch die Gelegenheit, Feedback zu geben. Ihre Reaktionen nehmen wir auf und senden sie dann auch – ungefiltert, um authentisch gespiegelt zu bekommen: Wie erleben uns die Leute, wenn sie nähere Einblicke bekommen?

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Intendant, jetzt haben Sie das Stichwort „Liebesentzug“ genannt und nichts möchte ich mehr riskieren als den Liebesentzug dieses Publikums – und aus diesem Grund bedanke ich mich jetzt: Bei Ihnen, Frau Roether, dass Sie da waren, aus Frankfurt gekommen sind – ganz herzlichen Dank für Ihre Zeit. Und ich bedanke mich natürlich ganz herzlich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Intendant, dass Sie sich heute Abend die Zeit genommen haben, einen Impulsvortrag gehalten haben, mit uns diskutiert haben, und dass Ihr Flieger aus Bremen rechtzeitig da war – dafür bedanke ich mich nicht bei Ihnen, aber bei allen Umständen. Ihnen danke ich für Ihre Geduld und Ihr Mitwirken. Bei der Landtagspräsidentin des Bayerischen Landtags bedanke ich mich ganz herzlich dafür, dass sie uns jetzt alle noch zum Empfang einlädt. Ganz herzlichen Dank! Einen vergnüglichen Abend und besten Dank.



Ulrich Wilhelm | Prof. Dr. Ursula Münch | Diemut Roether | Landtagspräsidentin
Barbara Stamm



Vortrag von Ulrich Wilhelm



Herausgeber

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1

82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Bayerischer Landtag

Maximilianeum

Max-Planck-Straße 1

81675 München

www.bayern.landtag.de